

# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

### **Stenografisches Protokoll**

der 80. Sitzung

- Endgültige Fassung\* -

### 1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 17. Dezember 2015, 13.00 Uhr Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900) 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

### Tagesordnung

### Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung	Seite
- LBauD H. K., BND, Referatsleiter T2A (Beweisbeschluss Z-96)	4
- MD Dr. Michael Koch, AA, Abteilungsleiter Recht (Beweisbeschluss Z-108)	29

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herr H.K. (Anlage1) sowie des Zeugen Dr. Michael Koch (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.

<sup>\*</sup> Hinweis:



### ${\tt 1.}\ Untersuchung sausschuss$

# Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Schipanski, Tankred	Ostermann, Dr. Tim
	Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Wendt, Marian
	Warken, Nina	
SPD	Flisek, Christian	Zimmermann, Dr. Jens
	Mittag, Susanne	
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André
BÜNDNIS 90/DIE	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian
GRÜNEN		

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von
	Feser, Dr. Andreas
	Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von
	Etzkorn, Irene
	Hanke, Christian Diego
	Heyer, Christian
	Wassermann, Friedrich
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke
	Martin, Stephan
	Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE	Busold, Christian
GRÜNEN	Grunert, Marlene
	Kant, Martina
	Keller, Dr. Iris
	Leopold, Nils
	Pohl, Jörn



### ${\tt 1.}\ Untersuchung sausschuss$

# Nur zur dienstlichen Verwendung

### Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin
	Kämmerer, Marie
	Pabst, Daniel
	Pachabeyan, Maria
	Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar
	Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten
	Brandt, Dr. Karsten
	Darge, Dr. Tobias
	Matthes, Thomas
	Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für	Mirow, Dirk
Verbraucherschutz	Speicher, Kristina
	Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Wirtschaft und	Krüger, Philipp-Lennart
Energie	
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar
	Theis, Björn
	Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz	Kremer, Dr. Bernd
und die Informationsfreiheit	

### Beauftragte von Mitgliedern des Bundesrates

LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid

## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.02 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 80. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich hoffe, Sie haben alle eine Kleinigkeit auf Ihren Sitzen gefunden und überleben dann diese Sitzung umso besser.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen, die hier regelmäßig sind, schon sicherlich fast auswendig im Geiste mitsprechen können.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- H. K., BND, Referatsleiter T2A (Beweisbeschluss Z-96)
- MD Dr. Michael Koch, AA, Abteilungsleiter Recht (Beweisbeschluss Z-108)

Der Beweisbeschluss Z-96 stammt vom 02.07.2015 und der Beweisbeschluss Z-108 vom 15.10.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen H. K. vom BND, Referatsleiter T2A, und Herrn Dr. Michael Koch vom Auswärtigen Amt, Abteilungsleiter Recht.

Zunächst wird der Zeuge H. K. öffentlich und im Anschluss daran gegebenenfalls nichtöffentlich vernommen. Danach - voraussichtlich gegen 15.20 Uhr, 15.30 Uhr - findet die öffentliche Vernehmung des Zeugen Dr. Koch statt, der sich gegebenenfalls eine nichtöffentliche Vernehmung anschließt. Das ergibt sich dann ja wie immer aus der öffentlichen Vernehmung.

# Vernehmung des Zeugen H. K.

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn H. K.

Ich stelle fest, dass der Zeuge auch für diese Sitzung ordnungsgemäß geladen ist. Herr H. K., Sie haben die erneute Ladung am 15. Dezember erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie auch heute wieder meiner Ladung so kurzfristig gefolgt sind und dem Ausschuss auch ein zweites Mal für eine Vernehmung zur Verfügung stehen.

Sie wissen noch von Ihrer letzten Vernehmung, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen und das Protokoll dann an uns zurückzusenden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge H. K.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Sie sind auch heute von einem Rechtsbeistand begleitet. Frau Dr. Schork, Sie sind heute wieder bei uns. Ganz kurz, bitte noch einmal vorstellen, für die, die Sie noch nicht kennen.

RAn Dr. Stefanie Schork: Schork, Rechtsanwältin aus Berlin. - Hallo!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Schön, dass Sie auch heute bei uns

### Nur zur dienstlichen Verwendung

sind. - Herr H. K., Sie waren bereits vor zwei Wochen als Zeuge hier im Ausschuss. In dieser Sitzung hatte ich Sie ausführlich belehrt. Haben Sie Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge noch in Erinnerung, oder wünschen Sie eine erneute ausführliche Belehrung? Sie sind ja auch anwaltlich vertreten.

Zeuge H. K.: Nein, nein. Passt schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann beziehe ich mich auf die Belehrung vom 3. Dezember 2015. Falls Sie Fragen haben, können Sie natürlich jederzeit an dieser Stelle auch noch einmal nachfragen. - Ich gehe davon aus, dass Sie den Ablauf der Vernehmung noch in Erinnerung haben. Wenn Sie dies wünschen, kann ich Ihnen das aber noch kurz darstellen. Wir würden jetzt direkt in die Fragen der Fraktionen einsteigen. Wenn Sie es wünschen, können Sie natürlich auch gerne noch mal eingangs ein Statement abgeben, falls sich irgendetwas geändert hat. Wünschen Sie dies?

Zeuge H. K.: Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann würden wir direkt zu den Fragen der Fraktionen kommen, und wir beginnen mit der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wir haben zunächst in öffentlicher Sitzung keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kämen wir direkt zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben in öffentlicher Sitzung noch Fragen. - Herr H. K., zuerst einmal: Hat sich in Ihrem Dienstverhältnis seit der letzten Vernehmung irgendwas geändert? Man hört ja, beim BND gibt es Dienstpostenveränderungen.

**Zeuge H. K.:** Die Dienstpostenveränderungen gibt es kontinuierlich; aber was mich anbetrifft, hat sich nichts verändert.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Na ja, ich meinte schon bezogen auf die Selektorenproblematik.

Zeuge H. K.: Ja, ist mir schon klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Da würde ich auch gerne dann anschließen bei den Selektoren und zu einigem nachfragen, was Sie in der letzten Vernehmung ausgesagt haben. Sie hatten berichtet, dass Dr. T. zu Ihnen gekommen sei und gesagt hat: "Da ist etwas schiefgelaufen", und das Schieflaufen hätte sich auf alle Selektoren bezogen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge H. K.: Ja, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

**Zeuge H. K.:** Wie soll ich das jetzt so weit erklären?

Martina Renner (DIE LINKE): Dass ich es verstehe.

**Zeuge H. K.:** Er sagt: "Hier ist was schiefgelaufen" bzw. "Hier läuft was schief", weil, nachdem er gesehen hat, dass bestimmte Selektoren dadrin sind, die eigentlich nicht drin sein sollen - - Wie soll er es formulieren?

Martina Renner (DIE LINKE): Meinte er NSA-Selektoren oder eigene Selektoren des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge H. K.: Nein, nein. Die von der NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Er meinte nur die von der NSA?

Zeuge H. K.: Ja, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und wann war das? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge H. K.: 2013, so was.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe das nicht verstanden.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: 2013, 14. 2013, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): 13. 14. Sommer? Winter?

**Zeuge H. K.:** Also - - Ja? Eher Herbst. Sommer, Herbst so was.

Martina Renner (DIE LINKE): Sommer, Herbst 2013?

Zeuge H. K.: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und - -

Zeuge H. K.: Aber nageln Sie mich nicht fest.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen wir erst am Schluss)

Bis jetzt hat sich hier so selten ein Zeuge festnageln lassen. Das versuchen wir manchmal schon gar nicht mehr. - Und fragwürdige BND-Selektoren: Haben Sie darüber auch schon mal etwas gehört und, wenn ja, wann?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich möchte den Zeugen nur darauf aufmerksam machen, dass er zu den BND-Selektoren keine Aussagegenehmigung hat.

Zeuge H. K.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Der Prüfauftrag an Herrn D. B.: Erinnern Sie den?

Zeuge H. K.: Ja, von Herrn D. B. an Dr. T.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge H. K.: Ja, freilich. Ja, das heißt, ich kenne den ja erst im Nachhinein. Weil D. B. ja den Dr. T. beauftragt hat, hier was zu kontrollieren anhand der NSA-Selektoren. Und erst als dem Dr. T. aufgefallen ist, dass da was, wie ich ja gesagt habe, schiefläuft, kam er zu mir und hat mir das so weit berichtet. Ich habe ihm ja - das habe ich aber letztes Mal auch schon gesagt -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge H. K.: - dann gesagt: Wenn D. B. ihn direkt kontaktiert hat - ist zwar nett, dass er mich so weit informiert; wir reden ja sowieso kontinuierlich miteinander; gehört ja in meinen Bereich -, dann soll er doch bitte auch hingehen und dieses Problem, das sich hier auftut, gleich direkt mit D. B. lösen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also Herr D. B. hat für den ganzen Vorgang von niemandem einen Auftrag aus Ihrer Erinnerung heraus?

Zeuge H. K.: Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und der Auftrag an Dr. T. bezog sich auch nur auf die NSA-Selektoren?

**Zeuge H. K.:** Ja. So wie ich das jetzt momentan weiß.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Mhm. - Und ist die NSA informiert worden -

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - über das Auffinden der Selektoren?

Zeuge H. K.: Ja, im Vor- - Ja, gut - - dass wir das gemacht haben. Zu dem Zeitpunkt nicht. So wie ich - habe ich, glaube ich, letztes Mal auch gesagt - - Im Nachgang, so wie dann D. B. gesagt hat, hätte er schon die NSA informiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Wen hat man dort informiert? Wen?

**Zeuge H. K.:** Nein, nein, nein. Die Leiterin von SUSLAG.

Martina Renner (DIE LINKE): In Bad Aibling?

Zeuge H. K.: Mhm.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten das letzte Mal, die NSA-Selektoren konnten nicht gelöscht werden. Sie meinen - -

Zeuge H. K.: Ja, der Dr. T., der kann ja auch nicht löschen. Er hatte die ja nur geholt aus Bad Aibling, von unserer entsprechenden Außenstelle. Und er hat ja keine Möglichkeit, die zu löschen. Das - - Ja, aufgrund - - Ich weiß nicht ganz genau, wie die Technik funktioniert; aber es sind ja gemeinsame - - Die Erfassung funktioniert ja gemeinsam in dem Fall, und wir, von der Zentrale aus, können da nichts löschen. Das geht nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte - - Also, klar - - Ich meine, uns ist erklärt worden, man kann aktiv stellen, inaktiv stellen -

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und in Warteposition. Aber man kann doch auch eine Zeile löschen?

**Zeuge H. K.:** Ja. Dieses Aktiv- und Inaktiv-Stellen passiert aber alles in Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): In Bad Aibling wäre aber -

Zeuge H. K.: Ja, und -

**Martina Renner** (DIE LINKE): - Löschen möglich gewesen?

**Zeuge H. K.:** - wir in der Zentrale, wir können das nicht. Wir haben ja nur die Selektoren aus Bad Aibling geholt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber - -

**Zeuge H. K.:** - um zu schauen. Und was dann die Leute in Bad Aibling machen, das entzieht sich unseres Einflussbereichs.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in Bad Aibling hätte man auch löschen können?

Zeuge H. K.: Ja, sicherlich schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge H. K.: Ging schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten berichtet das letzte Mal, dass im Fall der Selektorenprüfung man nicht mit R. U. oder Bad Aibling gesprochen hat, außer SUSLAG. In welchen anderen Fällen hat man denn mit R. U. gesprochen? Also - -

**Zeuge H. K.:** Ja, was soll ich jetzt sagen dazu?

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man nie mit denen gesprochen? Oder warum hat man ausgerechnet in dem Falle nicht mit Bad Aibling gesprochen?

Zeuge H. K.: Ich kann Ihnen momentan nicht mal sagen, ob D. B. nicht mal mit R. U. geredet hat oder nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich da nicht involviert war. Wir von unserer Seite her, wir reden - - Oder wir haben kontinuierlich mit R. U. geredet, wenn es irgendwas zu besprechen gab. Aber hier in dem speziellen Fall gab es - - lag ja kein Grund vor, uns mit R. U. über dieses Problem zu unterhalten, weil ja D. B. gesagt hat, er kümmert sich drum zusammen mit -

Martina Renner (DIE LINKE): B. K.

**Zeuge H. K.:** - W. K.<sup>1</sup> -, und für uns war das dann aus der Sicht eigentlich erledigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses Auffinden dieser Selektoren: Ist das wirklich so ein Vorgang, wo man sagt: "Wir stellen die inaktiv, und dann ist die Sache erledigt" oder: "Das klären wir auf Unterabteilungsleiterebene"? Oder wäre das nicht doch ein wichtiger Vorgang, der auf Abteilungsleiterebene oder sogar in der Hausleitung hätte besprochen werden müssen?

**Zeuge H. K.:** Ja, gut. Es ist von Referenten zu Referatsleitern und Sachgebietsleitern zwar so weit

 $<sup>1) \ \ {\</sup>it Protokoll korrigiert, siehe Anlage} \ 1.$ 

### Nur zur dienstlichen Verwendung

kommuniziert worden, die Unterabteilungsleiterebene hat aber dann gesagt: Wir kümmern uns drum. Und de facto haben wir dann anschließend auch nichts Weiteres mehr davon gehört. Dass der Abteilungsleiter informiert wurde, davon gehe ich eigentlich aus. Und wie die weitere Informationsschiene hätte laufen müssen - - Ja, gut, das kann ich nicht nachvollziehen, weil ich schlichtweg, exakt gesagt, nicht weiß, ob es passiert ist oder ob es nicht passiert ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Information an die NSA, die hat es gegeben?

**Zeuge H. K.:** Kann ich auch nur sagen: Vom Hörensagen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann?

**Zeuge H. K.:** Donnerstagvormittag! Ich kann es Ihnen nicht sagen. Sorry, ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Zeitnah zu dem Auffinden der Selektoren?

Zeuge H. K.: Ja, freilich.

Martina Renner (DIE LINKE): Am selben Tag?

Zeuge H. K.: Ja, ganz klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Am nächsten Tag?

Zeuge H. K.: Nein, ganz klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Innerhalb einer Woche?

**Zeuge H. K.:** Nein. So wie es aussieht, innerhalb von einer Woche.

Martina Renner (DIE LINKE): Innerhalb einer Woche?

Zeuge H. K.: Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wer hat wen da genau informiert?

Zeuge H. K.: Meines Wissens D. B. und W. K.<sup>1</sup> -

Martina Renner (DIE LINKE): Beide?

Zeuge H. K.: - ja - die Leiterin SUSLAG.

Martina Renner (DIE LINKE): Unabhängig voneinander oder gemeinsam?

Zeuge H. K.: Das wiederum entzieht sich meiner Kenntnis, Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auf welchem Wege hat man mit der Leiterin SUSLAG kommuniziert? Telefonisch? Per E-Mail?

**Zeuge H. K.:** Auch das entzieht sich meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn üblich?

**Zeuge H. K.:** Es kann sein, dass die gekommen ist. Es kann sein, dass die runtergefahren sind. Ich kann es Ihnen beim besten Willen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn jemand runtergefahren ist, musste man dafür einen Antrag stellen, oder ist man einfach gefahren?

Zeuge H. K.: Nein. Der Unterabteilungsleiter W. K. - - Weil ja Bad Aibling eine Außenstelle ist von seinem eigenen Bereich, braucht er dazu keine entsprechende Anordnung. Sonst müsste er jeweils, wenn er irgendwo Dienstaufsicht macht, jedes Mal einen Dienstreiseantrag stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann das auch sein, dass man nicht mit der NSA gesprochen hat?

Zeuge H. K.: Alles ist möglich. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum wird über so Vorgänge so wenig schriftlich protokolliert, dass man das im Nachgang nicht nachvollziehen kann?

Zeuge H. K.: Weil es uns eigentlich - -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja hier um Eingriffe ins Kommunikationsgeheimnis, also um Befugnisse, die bestimmten Normen unterliegen, und das wird gehandhabt wie, als wäre jemand zum Brötchenkaufen geschickt worden.

**Zeuge H. K.:** Nein, so ja nicht. Aber weil uns zu diesem Zeitpunkt auch schon klar war, dass verschiedene Selektoren kritisch sind, die dadrin aufgetaucht sind und die wir so weit erkannt haben, und dass die eigentlich da nicht in diese Erfassung reingehören - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, man hat erkannt, dass die ganze Geschichte doch ein ganz schönes Skandalisierungspotenzial hat, und aus den Gründen hat man möglichst wenig Leute damit befasst und versucht, die Sache schnell aus der Welt zu schaffen. Kann man das so lesen?

Zeuge H. K.: Kann ich Ihnen - - Das ist eine Interpretation, die Sie hier so einbringen, die ich aber nicht bestätigen kann, die ich - - weil ich nicht weiß, wie es de facto gelaufen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten dann jetzt auch wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, machen wir danach weiter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kommen wir zur Fraktion der SPD. Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen. Die Fragen, die wir haben, werden wir dann in eingestufter Sitzung stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, danke. - Herr H. K., ich habe noch mal im Anschluss an Ihre letzte Aussage eine Zusatzfrage, und zwar: Sie sind da von der Kollegin gefragt worden, was für eine Erklärung es gegeben hat dafür, dass überhaupt diese Selektoren gesucht wurden. Und da haben Sie eine nette Antwort gegeben, nämlich: Eine Erklärung dafür habe ich nicht; aber manchmal hört der Dr. B. das Gras wachsen.

Zeuge H. K.: Das unterschreibe ich heute noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das unterstreichen [sic!] Sie heute noch; habe ich mir gedacht. Kann das Gras "Edward" heißen?

Zeuge H. K.: Bitte?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - - "Edward" oder "Edward Snowden" heißen?

**Zeuge H. K.:** Es hat sicherlich was damit zu tun, weil - - Es war ja - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat sicher was von Edward Snowden?

Zeuge H. K.: Es hat sicher - - Nein, nein; nicht. Es heißt nicht "Edward Snowden". Aber zu diesem Zeitpunkt war ja Snowden schon außerhalb der USA, und das ganze Problem ist ja schon hochgekocht. Und deshalb habe ich auch letztes Mal schon gesagt, dass D. B. das Gras wachsen hört, weil er nämlich ein feines Gespür hat, wie sich bestimmte Probleme entwickeln können. Und ich bin jetzt im Nachhinein eigentlich fast davon überzeugt, dass er einfach ein gewisses Gespür dafür hatte, dass sich das ein bisschen exotisch entwickelt. Ja, gut, vielleicht falsch formuliert jetzt. Aber diese Entwicklung - - Ja, sagen wir: Er hat es einfach gespürt und wollte dann wissen: Was sind denn für Selektoren en détail in dieser entsprechenden Selektorenliste drin? Und der Dr. T. wurde ja - das haben wir ja schon durch beauftragt, diese Selektoren zu kontrollieren. Das waren ja meines Wissens eigentlich nur die paketvermittelten, nicht die leitungsvermittelten. Und, ja, er hat dann natürlich auch entsprechende Ergebnisse gefunden, was auf der anderen Seite natürlich wiederum die Befürchtungen bestätigt hat.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also kann man - vielleicht jetzt von dem Gras ein bisschen weg - sagen, er wollte sehen, ob da was dran ist -

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - von dem, was aus den Papieren von Edward Snowden sich andeutete oder was - -

Zeuge H. K.: Ja, ich denke schon, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man das auch so fassen?

**Zeuge H. K.:** - dass er irgendwo auch die Befürchtung gehabt hat, dass da die NSA vielleicht nicht unbedingt uns gar alles so im Vorfeld gesagt hat und, ja - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Und kann man - -

Zeuge H. K.: Wobei die Selektoren, über die der Dr. T. gestolpert ist - - Ja, gut, wenn man das entsprechend wiederum anders überlegt - - Auch dafür gibt es eine Erläuterung. Aber dass wir nicht informiert wurden und wie das dann gelaufen ist, das war schlecht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ja, ja. Und um das noch mal zu Ende zu bringen: Jetzt haben die dann gesucht. Also, Herr Dr. B. hat das zum Anlass genommen und hat dann suchen lassen durch den - - Nein, durch Dr. T. hat er gehört; D. B. hat gesucht; so, ja. Ich muss mit den Buchstaben ein bisschen aufpassen.

Zeuge H. K.: Macht nichts. Ich verstehe Sie trotzdem

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Er hat dann was gefunden. Kann man dann sagen: "Dann sind die Befürchtungen oder die Vermutungen von Herrn D. B. bestätigt worden durch die Funde"?

Zeuge H. K.: Aus meinem Gefühl heraus: Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, aus Ihrem Gefühl: Ja. - Sehe ich auch so.

Zeuge H. K.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und jetzt kommen wir noch mal genau zu dem Punkt, wann das war. Also, wir haben dazu ja schon mehrere Zeugen gehört, auch die Handelnden, also die Personen, von denen wir ja nur die Buchstaben haben, und die haben das datiert auf den August, Anfang August 2013. Kann das sein?

**Zeuge H. K.:** Das kann sicherlich sein. Aber am allerbesten weiß es natürlich logischerweise der Dr. T., weil der wurde ja beauftragt, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge H. K.:** - und der leidet nicht an Gedächtnisschwund.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, klar. Er hat auch nicht den Eindruck gemacht hier.

Zeuge H. K.: Ja, das stimmt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und jetzt kommt es darauf an - - Jetzt hat er die Sachen gefunden. Und was ist Ihrer Kenntnis nach dann mit diesen Daten geschehen? Hat man die im Computer gelassen? Hat man die ausgedruckt? Hat man die im Panzerschrank verwahrt? Oder was hat man gemacht?

**Zeuge H. K.:** Die Ergebnisse, die der Dr. T. gefunden hat, oder welche Daten meinen Sie?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Dr. T. gefunden hat, ja.

**Zeuge H. K.:** So wie ich gerade vorhin gesagt habe, haben ja D. B. und W. K. <sup>1</sup> sich dann da auseinandergesetzt mit Leiterin SUSLAG, und die haben diese Selektoren, so wie ich das vom

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Hörensagen kenne und weiß, aus der Erfassung genommen. Der - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen Sie sie doch erst mal kennen?

Zeuge H. K.: Ja, gut. Wir hatten - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Dr. T. findet die. Und jetzt sind sie da irgendwie in dem Computer in Pullach, und da reicht ja jetzt nicht ein Telefonat. Oder hat er die dann alle genannt, diese 40 000 oder 38 000: "Hier, das und das und das müsste alles raus"? Oder Sie sagen: Er hat das dann da gemeldet. - Wie hat er das denn gemeldet?

Zeuge H. K.: Ich kann Ihnen bloß - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, wie wussten Bad Aibling und nachher auch SUSLAG - - Wie bekamen die Kenntnis, was da gefunden worden ist?

**Zeuge H. K.:** Da müssten Sie sowohl den Dr. T. und den D. B. fragen, wie der Meldungsfluss war Richtung SUSLAG.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge H. K.:** Sorry, ich kann Ihnen das beim besten Willen nicht mitteilen, weil ich es einfach nicht weiß.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie schon einmal gehört, dass solche Daten ausgedruckt wurden und dann - Ich vermute, so ein Paket - Also, ich habe jetzt mal Selektoren gesehen. Wenn man die alle ausdruckt, wird das schon ein ganzer Packen. Das soll dann - Kann das sein, dass so was dann verschickt wird? Oder macht man das per Computer, indem man die da zurückschickt, elektronisch? Oder schreibt man die auf Papier und schickt dann eine Liste dahin?

**Zeuge H. K.:** Das mit dem Papier, das ist nicht sinnvoll, weil die - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht sinnvoll.

Zeuge H. K.: Nein, weil die -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Für mich auch schwer zu verstehen, ja.

Zeuge H. K.: Ja. - Fehlerrate ja zu groß ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge H. K.:** Die Fehlerrate wäre dann zu groß im Übertragen dieser - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ja.

**Zeuge H. K.:** Also, Papier macht nicht unbedingt Sinn. Aber wie sie es de facto gemacht haben: Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge H. K.:** Also, das heißt, ich gehe davon aus, dass es elektronisch erfolgt ist, aber, weil es einfach - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal davon gehört, dass sie per Boten dann hingebracht werden, an eine andere Stelle, an so eine Außenstelle wie in Bad Aibling?

Zeuge H. K.: Nein, wir haben - - Das kann auch sein. Wissen Sie, wir haben kontinuierlich einen Austausch mit Bad Aibling, weil das ja eine Dienststelle ist von T1. Da fahren täglich Leute hin und her. Ob das jetzt per Boten war oder ob es nur rein, schier elektronisch über eine entsprechende Leitung ging, die zu unserer Dienststelle rausgeht: Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie Kenntnis darüber, dass in Bad Aibling auch noch mal die Selektoren geprüft worden sind -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Bitte, ich habe es jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - durch - - Nein, die - - Ich meine jetzt nicht die, die Sie in Pullach hatten, sondern Selektorenprüfungen durchgeführt worden sind, wo dann auch welche gefunden wurden?

Zeuge H. K.: Ob ich da Kenntnis habe davon?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ob Sie davon Kenntnis haben?

**Zeuge H. K.:** Nein, kann ich Ihnen - - Habe ich keine - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge H. K.: Was die in Bad Aibling kontrolliert haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Ob die separat, ob dies - - Das war in dem Fall, glaube ich - - ist es dann W. O. Ich kann Ihnen nicht sagen, was der kontrolliert hat und - oder R. U. - was die en détail gemacht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Und ob jetzt bei dieser Gelegenheit, wo diese NSA-Selektoren, um die es die ganze Zeit geht, gefunden wurden, auch noch andere verdächtige Selektoren gefunden wurden, von denen man auch gesagt hat: "Die gehören da nicht rein; die dürfen nicht eingestellt werden, weil die mit dem Auftragsprofil oder mit dem Gesetz oder mit irgendwas nicht zu vereinbaren sind": -

Zeuge H. K.: Was verstehen Sie - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge H. K.:** Nein. Was verstehen Sie unter "andere"?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, andere. Es geht jetzt hier um die BND-Selektoren; da mache ich gar keinen Hehl draus, und Herr Wolff hat - - Sie haben dazu beim letzten Mal schon was gesagt; das kann ich Ihnen gleich vorlesen. Ich will nur wissen, ob das gleichzeitig geschehen - - also, ob bei diesem Vorgang, NSA-Selektoren aussortieren - - oder zeitgleich auch diese anderen Selektoren gefunden worden sind.

Zeuge H. K.: Nein, weil ja Herr Dr. T. nur die Selektorenliste der NSA kontrolliert hat. Also, es kann nicht sein, dass der Dr. T. dann bei irgendwelchen Kontrollen über irgendwelche Selektoren gestolpert ist, die von uns sind. Weil es ja nur die schiere NSA-Liste war, so wie ich weiß.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Und wann sind dann die BND-Selektoren gefunden worden?

Zeuge H. K.: Die finden wir nicht; die haben wir.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Die haben wir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, aber wann sind die aus, ich meine jetzt, der Datensammlung rausgenommen worden?

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort)

Also, wann wurde festgestellt: Das sind auch -- Wir haben ja gestern das jetzt verkündet: Über 3 300 Teilnehmer aus ganz Europa und anderen NATO-Staaten - - Selektoren gefunden worden, die sogenannten BND-Selektoren, also die jetzt nichts mit NSA zu tun haben sollen. Wann sind die denn gefunden worden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum einen hatte sich Herr Wolff gemeldet, und zum Zweiten ist die Fragezeit schon deutlich abgelaufen. Aber Herr Wolff zuerst.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich wollte den Zeugen nur noch mal darauf aufmerksam machen, dass er dazu keine Aussagegenehmigung hat, zu den BND-Selektoren.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das kann nicht sein, Herr Wolff, weil der Zeuge - ich lese Ihnen das gleich vor, wenn ich wieder dran bin - beim letzten Mal dazu - da saßen Sie auch hier - - und da hatte er offenbar eine Aussagegenehmigung. Ist die jetzt gekürzt worden oder zusammengestrichen worden? Ich kenne jedenfalls keine.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Das müssten wir dann gleich klären, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hab im Nachgang - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - wenn Frau Kollegin Renner aber erst ihre Fragen gestellt hat. Frau Kollegin Renner, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine Frage zu dem Einstellen der Selektoren. Sie berichteten das letzte Mal, dass die Selektoren aus der Auswertung kommen und dann bei Ihnen eingestellt werden. Wie habe ich mir das vorzustellen?

**Zeuge H. K.:** Das sind aber unsere eigenen Selektoren.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja. Ah. Über die reden wir heute gar nicht mehr?

Zeuge H. K.: Ja, dann geht es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und unter diesen eigenen Selektoren, die von Außenstellen kommen, ja, können da nicht auch Selektoren sein, die ein AND übergeben hat? - Kniffelfrage - nicht?

**Zeuge H. K.:** Oh, das ist eine schwierige Frage, ja. - Theoretisch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Praktisch ja?

**Zeuge H. K.:** Ich kann Ihnen das nicht zufriedenstellend beantworten. Sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wenn in Bad Aibling auf Grundlage des gemeinsamen Selektoreneinsatzes, auf den Daten, die man dort verarbeitet, die Auswertung neue Selektoren generiert, ja, können die doch auf der Grundlage von Selektoren eines ANDs entstehen?

Zeuge H. K.: Nein, die Auswertung ist hier in Berlin. Und die hat in der Regel keinen Kontakt mit den Leuten in Bad Aibling und schon gar nicht mit den Amerikanern in Bad Aibling. Deshalb geht es eigentlich nicht. Aber es ist alles möglich. Vielleicht redet irgendwann mal irgendeiner mit irgendjemandem, und da rutscht dann einer durch.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Bad Aibling Selektoren übersandt hat als Außenstelle, -

Zeuge H. K.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - wusste man, dass das nur BND-eigene Selektoren sind? Da war ein Stempel drauf.

**Zeuge H. K.:** Ja, ich glaube, die Datenhaltung ist unterschiedlich. Aber das müssten Sie die Leute aus Bad Aibling fragen. Also unsere, zum Beispiel, R. U. oder W. O. - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nun haben ja andere Außenstellen auch mit AND-Selektoren gearbeitet, nicht nur Bad Aibling.

**Zeuge H. K.:** Schon, aber nicht mit den NSA-Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber mit AND-Selektoren von Five Eyes?

Zeuge H. K.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Mit AND-Selektoren von - -

Zeuge H. K.: Von Five - - Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge H. K.: Nein.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nur in Bad Aibling?

Zeuge H. K.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine andere Außenstelle - - werden Selektoren von Five Eyes-Staaten eingesetzt? Auch in keiner Außenstelle im Ausland?

Zeuge H. K.: Das weiß ich nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht, oder das sagen Sie nicht?

**Zeuge H. K.:** Nein, das weiß ich nicht. Ich hätte doch keinen Grund, hier Ihnen zu sagen: Ich --

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

**Zeuge H. K.:** Aber ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie können nicht ausschließen, dass in weiteren Außenstellen Selektoren eines Five-Eyes-ANDs laufen?

**Zeuge H. K.:** So wie ich das sehe - - Also, ich denke schon, dass man das ausschließen kann. Ich kann es Ihnen aber nicht definitiv sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Selektoren, die von den Außenstellen kommen, wie kommen die? Automatisiert, per Leitung, per Datenträger?

**Zeuge H. K.:** Die kommen automatisiert auch zur Nachrichtenbearbeitung, und da werden sie entsprechend weiterverarbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn in einer Außenstelle ein Selektor eingestellt wird, wird er automatisch in der zentralen Datenbank PBDB eingestellt, oder muss er dann noch mal in Pullach zentral eingestellt werden?

(Der Zeuge blickt zu RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge H. K.: Augenblick schnell.

(Der Zeuge berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

- Eingestuft bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Eingestuft.

Zeuge H. K.: Jetzt komme ich nicht mehr rein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn ein Selektor in einer Außenstelle herausgenommen wird, ist er dann automatisch auch aus der zentralen Datenbank herausgenommen?

Zeuge H. K.: Nicht unbedingt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, er kann irgendwo in Pullach herausgenommen sein, läuft aber fröhlich noch in der Außenstelle weiter und umgekehrt.

**Zeuge H. K.:** Ja, aber dann produziert er trotzdem keine Ergebnisse.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

**Zeuge H. K.:** Weil alles, was dann Ergebnisse produzieren kann bei uns, durch den Kontrollmechanismus läuft.

Martina Renner (DIE LINKE): In einer Außenstelle kann ich kein Ergebnis sozusagen herstellen.

**Zeuge H. K.:** Ich glaube, es wäre mir deutlich lieber, wenn wir das in einer nichtöffentlichen Sitzung verhackstücken könnten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, es wäre mir aber wichtig, dass wir das in öffentlicher Sitzung klären, weil die Frage eben ist, ob Selektoren, die als kritisch identifiziert wurden, wegen mir in Pullach herausgenommen wurden, aber noch in Außenstellen weiterliefen.

Zeuge H. K.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ausgeschlossen? Was in Pullach rausfliegt, fliegt in Rheinhausen, Schöningen, Husum, Auslandsaußenstelle oder

### Nur zur dienstlichen Verwendung

was auch immer auch raus, automatisch - klick, klack, raus.

Zeuge H. K.: Weiß ich nicht definitiv.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ist aber eine spannende Frage, wenn wir uns nämlich dann irgendwann dem Problem zuwenden, wie lange kritische Selektoren liefen.

**Zeuge H. K.:** Sie meinen kritische Selektoren von den Five Eyes?

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja eben gesagt: Es kann ja nicht ausgeschlossen werden, dass Selektoren, die in Außenstellen generiert wurden, etwas mit Five Eyes zu tun haben. Das haben übrigens auch andere Zeugen schon gesagt; die konnten sogar noch nicht mal ausschließen, dass abgelehnte NSA-Selektoren erneut als BND-Selektoren eingestellt wurden.

**Zeuge H. K.:** Man kann überhaupt gar nichts ausschließen schlussendlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das stimmt. Beim BND kann man gar nichts ausschließen. Das würden wir hier mittlerweile unterschreiben mit Edding. Das ist genau das Problem. - Also, wenn es nicht ausgeschlossen werden kann, dass NSA-Selektoren oder andere Selektoren eines Five Eyes' auf dem Umweg wieder ins System kommen, dann muss es eben auch für uns als Untersuchungsausschuss fragbar sein.

(Der Zeuge blickt zu RD Philipp Wolff (BK))

**Zeuge H. K.:** Die kommen eigentlich nicht auf dem Wege wieder ins System.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wenn Sie da draufgucken, da ist ein großes fettes Fähnchen dran, das schreit: Ich bin ein NSA-Selektor; ich bin ein GCHQ-Selektor; ich bin ein irgendwie deutscher Selektor. Da kann man das erkennen.

**Zeuge H. K.:** Sorry, es hat nicht funktioniert hier gerade. - Was in unserer eigenen Datenbank ist,

ist sehr wohl getrennt von dem, was von der NSA kommt, und demzufolge kann man es eigentlich schon auseinanderhalten. Es kann aber sein, theoretisch, dass wir gleiche Selektoren verwenden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das dann Zufall?

Zeuge H. K.: Ja, oft, -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und wenn es nicht Zufall ist?

Zeuge H. K.: - weil viele, aufgrund der Interessenslagen von verschiedenen Nachrichtendiensten - - Die Interessenslagen sind ja in bestimmten Richtungen, bestimmten Themenbereichen quasi identisch, und bestimmte Kandidaten, auf die sie ein Augenmerk richten, haben halt bestimmte - oder verwenden bestimmte Selektoren; demzufolge haben Sie schon überall, bei allen Problemen mit jedem AND eine gewisse Schnittmenge.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, das wäre jetzt die zufällige Übereinstimmung. Gibt es auch eine Übereinstimmung, dass man sich zum Beispiel die NSA-Selektoren anguckt und sagt: "Spannend, die stellen wir auch ein"?

**Zeuge H. K.:** Vorstellbar, aber ob das Bad Aibling gemacht hat, kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo hätte man dann das gemerkt, feststellen können? Wenn Bad Aibling nach Pullach Selektoren schickt und sagt: Stellt - -

Zeuge H. K.: Nein, nein, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

**Zeuge H. K.:** - das läuft dann wieder anders, weil, wenn ein bestimmtes Ergebnis generiert wird, bedingt durch einen Selektor, und wenn die Nachrichtenbearbeiter vor Ort - -

(Der Zeuge berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, wenn die Nachrichtenbearbeiter vor Ort feststellen: Da ist ein Inhalt drin. - Weil wir ja auch immer wieder schauen, was bei den Amerikanern da so rübergeht. Wenn da festgestellt wird: "Das ist eigentlich was, was uns auch interessiert", dann kann ich mir sehr wohl vorstellen, wenn der Nachrichtenbearbeiter smart genug ist, dass er hingeht und sagt: "Das interessiert uns auch", bei uns in die PBDB schaut, ob dieser Selektor bei uns drin ist, und dann hingeht und dieses Ergebnis in die Zentrale als entsprechende Nachricht routet. Dann werden die Nachrichtenbearbeiter in der Zentrale eine entsprechende Meldung generieren und werden in der PBDB diesen Selektor nachsteuern, und dann ist der ganz automatisch auch bei uns drin. Die schauen aber sehr wohl drauf, was das für ein Teil ist, ob das irgendwo bestimmte Querbeziehungen hat, ob es bei uns im entsprechenden Kontext steht, sagen wir zu "Terrorismus". Und ja, ist sehr wohl vorstellbar.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und jetzt müssten wir wechseln zur Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr H. K., guten Tag! - Noch mal anfangend sozusagen bei der technischen Systematik, wie das überhaupt funktioniert bei den Außenstellen; ich habe das so verstanden, dass sozusagen die Erfassung in Bad Aibling mit XKeyscore gemacht wurde, wird.

**Zeuge H. K.:** Dass die irgendwo XKS verwenden, denke ich schon, aber wie sie es genau machen - -Ich bin nicht derjenige, der in Bad Aibling erfasst. Ich kann dazu nichts Detailliertes sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Nur, wenn man die Erfassung mit XKeyscore macht sozusagen, wo genau bringt man dann die Selektoren ins Spiel, und wie unterscheidet sich die Erfassung dann sozusagen beim Einsatz der BND- und der NSA-Selektoren?

**Zeuge H. K.:** Da bin ich definitiv der Falsche, an den Sie hier die Frage richten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das können Sie nicht erklären.

Zeuge H. K.: Nein, weil ich habe Ihnen, glaube ich, letztes Mal schon gesagt: Ich habe eine andere Fachrichtung. - Aber es ist de facto so: Es gibt sicherlich welche bei uns in der Außenstelle in Bad Aibling oder auch im Bereich T1, die Ihnen detailliert erklären können, wo die Feinheiten zu XKS sind.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, klar.

**Zeuge H. K.:** Wahrscheinlich sogar der A. Sch. von vor 14 Tagen, der das ja auch entsprechend gehandhabt hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Ja, gut, ich sage bewusst jetzt "A. Sch.", weil das hört sich sonst anders ein bisschen komisch an

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Martina Renner (DIE LINKE): Haben wir auch schon gemerkt!)

Der hat seinen Spitznamen jetzt wahrscheinlich auch weg beim BND, aber - -

### (Heiterkeit)

Nein, mir geht es darum: Sie sagen ja praktisch: Ich - - Deswegen ist ja dieser Dauerkonflikt mit Herrn Wolff auch da. - Man könnte ja den Eindruck gewinnen, dass BND-Selektoren und NSA-Selektoren sozusagen nachher in einem Topf rumschwimmen und dass dieses gespreizte Ding, was wir hier miteinander verhandeln, irgendwie in der Realität keine Rolle spielt. Und wenn Sie mir jetzt nicht sagen: Nein, also, es ist folgendermaßen, bei der Erfassung ist ganz klar, haben wir zwei Erfassungsköpfe, auf dem einen laufen BND-Selektoren - Herr Wolff weiß es; wir sollten Sie als Zeugen laden -, auf dem anderen - - Oder man schmeißt sie doch alle zusammen. Ich kann

## Nur zur dienstlichen Verwendung

es Ihnen nicht erklären, weil ich habe noch sozusagen technisch weniger Einblick als Sie. Und deswegen: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Sachen sozusagen zusammen gelagert sind, die Problematiken. Und deswegen verstehe ich die Grunderzählung nicht, die hier gemacht wird, auch im Hinblick auf das Gras, was man wachsen hört, was Herr D. B. wachsen hörte. Denn sozusagen, dass nun EU-Institutionen oder europäische Partner oder Freunde, wenn man diesen Begriff jetzt verwenden will, ja, abgehört wurden, das konnte den Bundesnachrichtendienst ja nicht überraschen, weil er selbst ja Freunde abhörte ohne Ende. Und deswegen frage ich mich: Wo hat D. B. da eigentlich "das Gras wachsen gehört"? Also, das haben Sie ja eben so gesagt, also - - Was war denn seine großartige Erkenntnis?

Zeuge H. K.: Die Angst von D. B. war zu dieser Zeit, so wie ich das dann im Nachhinein verstanden habe, einfach, dass Selektoren da drin sind, die einen gewissen Deutschland-Bezug haben und die wir unter Umständen bedingt - - ja, einfach nicht erkannt haben. Und deshalb hat Dr. T. den entsprechenden Auftrag bekommen, zu schauen, was für Selektoren - - oder ob Selektoren drin sein können - irgendwas, in irgendwelcher Richtung - mit einem gewissen Deutschland-Bezug, weil wir ja nicht wollen, dass die NSA bei uns, in unseren Erfassungsstellen Selektoren einstellt mit Deutschland-Bezug.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, Sie, H. K., gehen davon aus, dass Herr Dr. T. nach Selektoren mit Deutschland-Bezug gesucht hat?

Zeuge H. K.: Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht "EU" und "NATO", nicht "gov", "diplo" und "Bundesamt", sondern Deutschland-Bezug.

Zeuge H. K.: Nein, ich denke, der hat wahrscheinlich nach gar allem gesucht, was überhaupt so drin ist, und ist dann halt über die entsprechenden Teile gestolpert; aber ich denke, dass das Originäre sicherlich der gewisse

Deutschland-Bezug war, den da D. B. vermutet hat, denke ich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aber dann ging es nicht um "Abhören unter Freunden", sondern da ging es um Abhören von Deutschen im Hinblick auf die NSA-Selektoren. Das war das Problem von D. B.

**Zeuge H. K.:** Ja, denke ich schon, denke ich schon.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ah ja, das ist ja hochinteressant. Das ist was völlig anderes als das - - Okay.

Zeuge H. K.: Kann es aber nicht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Schwören brauchen Sie noch nicht.

**Zeuge H. K.:** Nein, ich kann es auch nicht verifizieren; aber das ist meine Vermutung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist auch nicht abwegig, aber es wirft natürlich insgesamt ein interessantes Licht auf den Gesamtvorgang. - Jetzt ist uns aufgefallen: Es gibt bezüglich der Menge von Selektoren ungeheure Unterschiede. Also, mal ist von 13,2 Millionen Selektoren in Bad Aibling die Rede; der Dr. T. kriegt irgendwie nur 8. Wie kommt so was? Also, warum gibt es in Bad Aibling ganz viele Selektoren und nachher in Pullach zur Überprüfung auch viele, aber doch irgendwie 4 Millionen weniger?

**Zeuge H. K.:** Da müssen Sie wiederum den Dr. T. und den R. U. fragen oder den W. O.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass das damit zusammenhängt, dass man in Bad Aibling gesagt hat: "Na, die Selektoren, die wir hier einsteuern, die wir selbst nicht lesen können, die kann auch der Dr. T. gar nicht lesen"?

Zeuge H. K.: Nein, das glaube ich nicht.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Was glauben Sie denn? Wenn Sie wissen, was Sie nicht glauben, dann haben Sie ja wahrscheinlich eine Theorie; die würde mich interessieren. Wie kommen diese Diskrepanzen, die ja nicht unrelevant sind? Diese Selektoren, um die jetzt so ein Buhei gemacht wird, das sind ja 40 000 Stück. Hier fehlen leider jetzt gerade mal 4 Millionen. Deswegen: Das ist schon eine interessante Info.

Zeuge H. K.: Eine mögliche Erklärung, die aber nicht unbedingt stimmen muss, ist, dass der Dr. T. ja die paketvermittelten Selektoren angeschaut hat und die leitungsvermittelten Selektoren da gar nicht betrachtet wurden. Und da gibt es dann auch eine Diskrepanz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Und das käme zahlenmäßig hin, glauben Sie?

Zeuge H. K.: Fragen Sie mich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie haben eben gesagt, Herr K., dass zu der Zeit die Selektoren von den Außenstellen geholt wurden. Hat man noch andere Außenstellen-Selektoren angeguckt in dieser Zeit?

**Zeuge H. K.:** Nein, nein, aus der Sicht nicht, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge H. K.: Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Bad Aibling.

**Zeuge H. K.:** Ja, freilich, weil die NSA-Selektoren ja in Bad Aibling aktiv waren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ja, das ist eben so die Frage - nicht? Weil gerade dieses Jahr 2013 war ja das Launch-Jahr, Relaunch-Jahr von XKeyscore an vielen Außenstellen des Bundesnachrichtendienstes, und man fragt sich natürlich: Was wurden da so für Selektoren gesteuert? Und warum soll man die einen nur in Bad Aibling und so - -

Zeuge H. K.: Ja, aber -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre dann die letzte Frage.

**Zeuge H. K.:** - XKS ist ja kein Tool, das nur mit US-Selektoren funktioniert. Das funktioniert ja mit unseren Selektoren genauso gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Nur, wenn die Amerikaner Ihnen XKeyscore für andere Außenstellen geben, dann müssen Sie mir mal erklären: Was hat denn der BND im Rahmen des do ut des gemacht, damit man diese tolle Technik nutzen konnte?

Zeuge H. K.: W. K.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): W. K.?

Zeuge H. K.: Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann müssten wir jetzt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Der hat mit denen viel Monkey Shoulder getrunken, oder - -

**Zeuge H. K.:** Ja, gut, wie Monkey Shoulder zustande kam, das weiß ich auch nicht, aber es ist trotzdem - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten dann jetzt wechseln -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das frage ich aber gleich noch in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - zur Fraktion Die Linke.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, noch mal ganz kurz: W. K. ist Ihre Antwort - -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das geht von der Zeit der Linken ab.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das überlebe ich!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Gut. - W. K. ist die Antwort auf die Frage, wie XKeyscore in die anderen Außenstellen im Jahr 2013 kam. Der hat das sozusagen eingefädelt.

**Zeuge H. K.:** Hundert Prozent besser als eine Frage an mich, weil W. K. ist der Unterabteilungsleiter T1 und damit eigentlich für seine Außenstellen zuständig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Kennen Sie den Prüfbericht der BfDI?

Zeuge H. K.: Sorry, kenne ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

**Zeuge H. K.:** Ich habe auch die ganzen Akten hier, habe ich letztes Mal, glaube ich, schon gesagt, aufgrund - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Wollte ich nur noch mal vorwegstellen. - Ich würde gerne noch mal wissen: Die Datenbanken, auf denen die Selektoren in den Außenstellen laufen, und die Datenbank, auf der die Selektoren in Pullach laufen, haben keine Verbindung, sind vollständig getrennte Datenbanken.

Zeuge H. K.: Um da 100 Prozent, ganz genau sicher zu sein, müsste man die entsprechenden Dienststellenleiter der entsprechenden Außenstellen fragen, weil jede einzelne Dienststelle wiederum kleine Modifikationen im Betriebsablauf hat. Und deshalb wiederum: Ich bin nicht bei T1, sondern bei T2 und kann Ihnen deshalb keine 100 Prozent zufriedenstellende Antwort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben die Außenstellen Zugriff auf die Datenbank in Pullach? Ich versuche es jetzt mal ganz einfach.

**Zeuge H. K.:** Auf welche Datenbank meinen Sie? Auf die - -

Martina Renner (DIE LINKE): PBDB.

Zeuge H. K.: PBDB. Da laufen Abgleiche, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Super. - Und umgekehrt: Hat Pullach auch Zugriff auf das, was in den Außenstellen läuft?

Zeuge H. K.: Jetzt kommt wieder das, was ich vorhin gesagt habe: Jede Außenstelle läuft ein bisschen anders, ein bisschen unterschiedlich; deshalb kann ich nichts dazu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie läuft es denn unterschiedlich? Wir können die Außenstellen durchgehen, kein Problem. Was läuft denn da unterschiedlich?

**Zeuge H. K.:** Ja, das müssen Sie aber die Leute von den Außenstellen fragen. Da bin ich überfragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Außenstellen können in die zentrale Datenbank - was machen? Einstellen?

Zeuge H. K.: Lesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Lesen. Verändern?

**Zeuge H. K.:** Da gab es bestimmte Änderungen drin

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine jetzt vor 2013.

Zeuge H. K.: Vor -

Martina Renner (DIE LINKE): Den Jetzt-Zeitraum darf ich gar nicht untersuchen.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge H. K.:** - 2013 war das alles wieder anders, denke ich. Vor 2013 - - Wann haben wir die PBDB eingeführt? Ich glaube, da gab es an den Außenstellen überhaupt noch keine PBDB.

Martina Renner (DIE LINKE): Sondern Vorläuferversionen?

**Zeuge H. K.:** Ja. Und deshalb ist es immer ein bisschen problematisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann reden wir über die Vorläuferversion. Konnte man von den Außenstellen aus in der Datenbank Veränderungen vornehmen?

**Zeuge H. K.:** Ach, bestimmte Datensätze wurden sicher von den Außenstellen gepflegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche?

**Zeuge H. K.:** Diejenigen, die sie selbst erarbeitet hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch die Selektoren.

**Zeuge H. K.:** Ja, freilich, natürlich, aber - - ja, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, eine Außenstelle konnte auch in Pullach Selektoren einstellen, um es ganz verkürzt zu sagen.

**Zeuge H. K.:** So einfach ist es - - Ganz kurz sagen kann man hier gar nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann erklären Sie es.

**Zeuge H. K.:** Wenn die Außenstelle irgendwo einen Selektor einstellt, dann läuft es -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff dazu.

**Zeuge H. K.:** - wiederum über die Nachrichtenbearbeiter - -

**RD Philipp Wolff** (BK): Also, ich bitte wirklich, zum genauen Verfahren, wie es funktioniert im Rahmen der Datenbankbearbeitung, das in eingestufter Sitzung zu schildern.

Zeuge H. K.: Okay. - Sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache es noch mal andersrum: Die Datenbanken zwischen den Außenstellen und Pullach sind nicht physikalisch voneinander getrennt.

Zeuge H. K.: Wann?

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge H. K.: Wann?

Martina Renner (DIE LINKE): Wir können jetzt anfangen, weiß nicht: 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, und dann darf ich nicht mehr fragen.

**Zeuge H. K.:** Nein, das Problem ist halt, dass es kontinuierliche Modifikationen gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ab wann gab es denn da Modifikationen?

Zeuge H. K.: Ja, mit der Einführung der PBDB.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und wie war es vorher?

**Zeuge H. K.:** Ja, da hat eigentlich jede Außenstelle ihren eigenen Datensatz gehabt, der aber mehr oder weniger gesteuert wurde auch von der Zentrale aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war Inhalt dieses Datensatzes? Was gehört zu diesem Datensatz, der aus der Zentrale gesteuert wurde?

> (Der Zeuge wendet sich an RD Philipp Wolff (BK))

**RD Philipp Wolff** (BK): Der konkrete Inhalt wäre sicher etwas für die eingestufte Sitzung, wenn er überhaupt geeignet ist, weil dann wären wir wieder bei Selektoren im Zweifel.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, nehmen wir auch.

**Zeuge H. K.:** Ja, freilich sind wir bei Selektoren schlussendlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja immer um die Frage: Gibt es Übergänge zwischen den Außenstellen und der Zentrale und darüber möglicherweise auch eine Migration der Selektoren der Five Eyes in das System des BND außerhalb von Bad Aibling, ja?

Zeuge H. K.: Nein, es gibt keine Migration von Five-Eyes-Selektoren in unsere Datenbank. Es geht nicht so ohne Weiteres. Das Beispiel habe ich Ihnen vorhin ja schon gesagt, wenn irgendeiner sieht: "Hier haben wir was, was uns interessieren würde." Aber sonst geht das nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter der Voraussetzung, dass Sie keine weitere Außenstelle kennen, die Five-Eyes-Selektoren verarbeitet, außer Bad Aibling.

**Zeuge H. K.:** Meines Wissens verwendet nur die Außenstelle in Bad Aibling diese Selektoren, und demzufolge ist es bei den anderen eigentlich ausgeschlossen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Pullach definitiv auch nicht.

Zeuge H. K.: Wir nehmen diese US-Selektoren nicht. Wir kontrollieren die zwar, ob die entsprechend einen gewissen G-10- oder Deutschland-Bezug haben. Wir machen diese ganzen Prüfprozesse, das ist okay; aber die laufen dann nicht automatisch bei uns in die PBDB ein. Das geht so nicht, weil das wollen wir ja nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber - -

**Zeuge H. K.:** Wir wollen ja nicht unsere Datenbank versauen mit Informationen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): So, die laufen nicht automatisch ein; aber sie könnten händisch einlaufen, wenn man will.

**Zeuge H. K.:** Ja, in dem Fall, was ich vorhin ja gesagt habe, -

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn was Interessantes dabei ist.

**Zeuge H. K.:** - wenn man das will, dann geht das schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Erinnern Sie so einen Fall, wo man gesagt hat: "Das ist interessant; das kommt jetzt bei uns auch rein"?

Zeuge H. K.: Nein, kann ich jetzt so weit nicht sagen, weiß ich nicht, aber - - Schon alleine deshalb, weil wenn die Nachrichtenbearbeiter so was sehen und das ein hochinteressantes Beispiel wäre, dann entscheiden die von sich aus, ob das dann übernommen wird, weil es ist nicht die Herkunft des Selektors dann ja wichtig, sondern es ist interessant, ob irgendwo ein Terrorist oder sonst irgendeiner, der in unserem Fokus steht, hier entsprechend kommuniziert, und dann ist nicht - - Der schaut ja nicht drauf: "Ist das ein US-Selektor?", sondern der schaut drauf: "Kann ich das brauchen, und hilft mir das für die Zukunft weiter?"; -

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen fragte ich ja am Anfang, ob man den unterscheiden kann.

**Zeuge H. K.:** - das sind ja die ganz anderen Voraussetzungen.

Martina Renner (DIE LINKE): So, und der Nachrichtenbearbeiter, der entscheidet: "Das ist ein interessanter Selektor. Den stelle ich jetzt ein", auf welcher Grundlage tut er das? Wer kontrolliert, was ein Nachrichtenbearbeiter interessant findet, ja oder nein? Weil offenbar fanden ja Nachrichtenbearbeiter beim BND weniger den Terroristen interessant als mehr den französischen Außenminister. Wie kommen die denn auf solche Ideen?

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge H. K.:** Ja, gut, ich glaube, das ist eher geschichtlich gewachsen, weil solche Selektoren und solche Bereiche stehen schon zu Zeiten drin. -

Martina Renner (DIE LINKE): Des Deutsch-Französischen Krieges?

**Zeuge H. K.:** - als ich frisch in die Abteilung kam. - Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, Entschuldigung.

Zeuge H. K.: Also, die sind - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Die sind historisch gewachsen.

Zeuge H. K.: Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Erzfeind, oder - - Also, Sie müssen mir das jetzt erklären.

**Zeuge H. K.:** Nein. Was soll ich da erklären? - Sie haben ja auch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff kann dazu was sagen.

**Zeuge H. K.:** - das Problem mit der Funktionsträgertheorie - -

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich will nur darauf hinweisen, dass der Zeuge natürlich zu konkreten Selektoren keine Aussagegenehmigung hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann will ich formal fragen. - Der Nachrichtenbearbeiter entscheidet: "Das ist spannend", und stellt das ein. Wer kontrolliert den Nachrichtenbearbeiter?

Zeuge H. K.: Der entsprechende Gruppenleiter, -

Martina Renner (DIE LINKE): Und das war's?

**Zeuge H. K.:** - und der Gruppenleiter wird kontrolliert wiederum vom entsprechenden Sachgebietsleiter und so weiter und so fort.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und jeder bekommt in einem bestimmten Turnus die Liste der neuen Selektoren.

**Zeuge H. K.:** Nein, die Liste der Selektoren - - Maximal der Gruppenleiter wird sich das entsprechend anschauen.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Gruppenleiter nickt das ab, und dann ist die Prüfung zu Ende.

Zeuge H. K.: Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wieder einmal wechseln, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Herr H. K., ich würde gern weitermachen einmal bei der Frage: Haben Sie sich mit dem Gegenstand unseres Untersuchungsausschusses zwischen diesen zwei Vernehmungen noch mal beschäftigt, zwischen der letzten und heute?

Zeuge H. K.: Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Noch mal mit jemandem geredet?

Zeuge H. K.: Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Hat jemand gesagt: "Dies und das hätten Sie aber nicht sagen sollen", oder - -

Zeuge H. K.: Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Das sagen Sie jetzt entschieden: Nein. -Haben Sie sonst irgendein Feedback bekommen?

Zeuge H. K.: Ja, von meinen Kindern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ich verstehe. Gut. - Dann haben wir das letzte Mal ja über diese Weisung gesprochen, die

## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann kam. Irgendwie als Schlussfolgerung aus den Problemen mit Selektoren nach Snowden, nach "Ausspähen unter Freunden geht gar nicht", irgendwie kam dann eine Weisung, ja oder nein?

Zeuge H. K.: Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. So. - Und was war das denn für eine Weisung? Was wurde denn gewiesen? Das scheint ja total spannend zu sein. - Was ist denn da jetzt zu unterbrechen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff. - Das werden wir jetzt hören.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich weise den Zeugen nur darauf hin: Sofern es sich um eine Weisung handelt, die sich auf die BND-Selektoren bezieht, hat der Zeuge hierfür keine Aussagegenehmigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und das wird jetzt nämlich interessant, Herr H. K., da haben Sie jetzt den Schwarzen Peter zugespielt bekommen; denn es würde ja Sinn machen, dass sich das auf beide Selektoren bezieht. Also, tun wir einfach so, als reden wir nur über die NSA-Selektoren - ja? - Also, was war in dieser Weisung? Wer hat sie erteilt? Wann vor allen Dingen, und was beinhaltete sie?

**Zeuge H. K.:** Ich glaube, ich kann Ihnen da nichts dazu sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können im Sinne von "können", oder können im Sinne von "dürfen"?

Zeuge H. K.: Von "können".

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Weil Sie vergesslich sind, weil das so belanglos war, was der Präsident damals aufgeschrieben hat?

**Zeuge H. K.:** Nein, weil ich die Fäden nicht passend zusammen bekomme gerade momentan.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Erzählen Sie doch mal so grob, was Sie erinnern.

Zeuge H. K.: Ich habe hier einfach das Problem, dass ich seit dem Frühjahr über lange Zeit komplett außen vor war und ich bestimmte Sachen durch die Ereignisse, die bisher hier so geschehen sind, nicht passend korrelieren kann, und hier einfach das Problem habe, wenn ich hier Ihnen jetzt irgendwas sage und das dann als Statement abgegeben oder fixiert wird und wenn ich dann vielleicht heimgehe und ich das nachschaue oder nachschlage, dass ich mir dann sagen muss: Du hast einen kompletten Stuss erzählt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dass Sie sozusagen aus bestimmten Gründen da jetzt nicht topaktuell unterwegs sind, dafür hat hier jeder Verständnis, und das ist völlig klar. - Trotzdem, Herr H. K., das ist eine total wichtige Phase damals gewesen. Sie waren da durchaus dran beteiligt an dieser heiklen Nummer, bei dieser schwierigen Operation, und dann kam eine Weisung des Präsidenten. Und sozusagen nach bestem Wissen und Gewissen einfach mal sagen, was da drinstand. Was sollte denn anders gemacht werden? Und vor allen Dingen: Ab wann sollte es anders gemacht werden? Hat er eine Weisung erteilt für dann das Jahr 2014, oder war das noch vor Weihnachten 2013? Musste man dann wirklich krasse Praxisdinge ändern, oder hat das eigentlich nur den Status quo zementiert, oder so? Ich will es ja gar nicht auf die letzte Kommastelle haben. Ich möchte nur verstehen, was dann für Konsequenzen beim Bundesnachrichtendienst auf Präsidialebene gezogen wurden, um zu verstehen, ob irgendwas, was uns bisher erzählt wurde, eigentlich belastbar ist.

Zeuge H. K.: Ich kann Ihnen da wirklich - so leid mir es tut - keine vernünftige Antwort geben, weil ich diese Weisung, auf die Sie sich beziehen, so nicht parat habe. Legen Sie sie mir vor, damit ich sie schnell durchlesen kann, und dann versuche ich, da wieder in - - zu graben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wann war das denn?

# Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge H. K.: Was?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Die Weisung. Wann kam die denn?

**Zeuge H. K.:** Wenn ich mich schon nicht an den Wortlaut erinnern kann, dann geht es mit dem Datum wahrscheinlich noch viel schlechter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aber sie kam vom Präsidenten, oder kam sie von D. B., oder - -

**Zeuge H. K.:** Von D. B. kam sie sicherlich nicht. Ich kann es nicht sagen; ich weiß es nicht mehr.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): So, dann die Frage der Problematik der nicht lesbaren Selektoren, die gab es ja auch. Man hat Selektoren gesteuert, von denen man gar nicht wusste, was sie waren. Können Sie sich an diese Problematik erinnern?

**Zeuge H. K.:** Ja, das waren ja die Probleme, die damals der Dr. T. hatte.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie müssen ein bisschen näher an das Mikro gehen, damit - -

**Zeuge H. K.:** Das war ja das Problem, das der Dr. T. hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, ich würde sagen, das war das Problem, was der BND offensichtlich seit Jahren hatte und was Dr. T. dann vielleicht das erste Mal so ausformuliert hat; aber es muss ja vorher Menschen aufgefallen sein, dass unter diesen Millionen von Zeilen irgendwie Buchstaben- und Nummerncodes sind, von denen niemand weiß, ob das ein Kochrezept ist oder die verschlüsselte Handynummer von Angela Merkel. Das ist dann Dr. T. - - Der hat das dann verschriftlicht, die Problematik. Und wenn ich es richtig verstanden habe, war es nachher - - also bei der regionalen Zuordnung waren es, glaube ich, 40 Prozent, die nicht zugeordnet werden konnten, und bei der sozusagen Unlesbarkeit war es nachher 1 Prozent; aber 1 Prozent von 8 Millionen sind halt

800 000 Selektoren - 80 000, Verzeihung. Na ja, 80 000 wären auch schon interessant. Also, deswegen: Was wissen Sie zu dieser Problematik?

Zeuge H. K.: So wie es mir bekannt ist, hat vor dem Dr. T. noch keiner en détail oder so detailliert diese Selektoren analysiert und bewertet, und demzufolge ist davor auch keiner darüber gestolpert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Aber, Herr H. K., wie kann das denn sein, wenn der K. M. diese Prüfungen vorgenommen hat? - Oder hat der dann die nicht lesbaren nicht bekommen aus Bad Aibling? Also, dem muss doch aufgefallen sein: "Hier gibt es irgendwie Zeilen, da weiß ich gar nicht, ist das eine Handynummer oder ein WLAN oder eine EMEI-Nummer oder eine MAC-Adresse, oder was ist das eigentlich? Ich weiß es nicht." Und es muss doch eine Hausanordnung gegeben haben: in dubio pro Steuerung. - Und damit müssen Sie doch irgendwas zu tun gehabt haben. Deswegen noch mal die Frage: Es kann doch nicht sein, dass erst Herrn Dr. T. im Jahr 2013 nach den Snowden-Veröffentlichungen aufgefallen ist, dass Tausende, Zehntausende von Selektoren irgendwie nicht richtig zuordenbar waren?

Zeuge H. K.: Doch. Und zwar, was K. M. kontrolliert hat -- K. M. -- Die Datenbank, die er so weit bearbeitet, enthält bestimmte Daten, die er quasi dann gegenlaufen lässt gegen die andere Datenbank, also gegen die US-Datenbank. Und wenn ich in der eigenen Datenbank keine Kenner drin habe, die quasi die anderen Sachen, die er hier ja nicht kannte, die quasi in der NSA-Datenbank drin waren -- Aber wenn ich die nicht korrelieren kann, weil ich gar nicht --

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Keine Selektoren für die Selektoren.

Zeuge H. K.: Ja. Dann selektiert der zwar die Sachen raus, die er kennt, aber es rutschen ganz automatisch die anderen durch, die er nicht kennt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Könnte es sein, dass -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit um ist?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - auch das - die Amerikaner um diese scheunentorartige Lücke im Kontrollsystem des Bundesnachrichtendienstes wussten und vielleicht mit dieser Methode bewusst die Kontrollmechanismen ausgenutzt haben und damit Bad Aibling und die Datenerfassung dort, ich sage mal, mit so Trojaner-Selektoren gekapert haben?

**Zeuge H. K.:** Würde ich jetzt nicht unterschreiben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber warum hat man dann diese Selektoren rausgenommen jetzt aus der Erfassung, wenn man das nicht hochproblematisch findet, jetzt wo man dieses Problem sieht? Die Grundfrage für mich ist: Warum ist man beim Bundesnachrichtendienst nach all den schlechten Erfahrungen und all der Skepsis und den kritischen Stimmen, die es im Haus gab bezüglich der Übergriffigkeit der NSA, nicht zu einem Prozedere gekommen in dubio contra Steuerung, sondern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: "Gubernatio" wäre der lateinische Begriff.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: "In dubio pro gubernatio", wäre der lateinische Begriff.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Oh Jesus, Patrick, du bist echt - -

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich wollte nur helfen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, vielen Dank. Das ist sehr freundlich. Das hast Du gegoogelt in der Zwischenzeit. (Nina Warken (CDU/CSU): Das ist Standardwissen! -Vereinzelt Heiterkeit)

Also, gab es eine Hausanordnung, eine Weisung am Ende des Tages: "Passt schon; wenn ihr es nicht genau wisst und so, dann lasst fünf gerade sein und steuert die Dinger halt", oder hat der Bundesnachrichtendienst das aus eigener - - Haben Sie das entschieden oder D. B., oder ist Herr Schindler mal im Türrahmen erschienen und hat gesagt: "Lasst mal fünf gerade sein" oder so? Ich würde es gern verstehen, wie das gelaufen ist.

Zeuge H. K.: Nein, es ist de facto so gelaufen, dass nur diese Selektoren, die uns geläufig waren, einfach kontrolliert wurden, und bis zu dem Zeitpunkt hat ja keiner geschaut gehabt, ob irgendwas Zusätzliches drin ist, was eigentlich nicht reingehört. Und durch diese Arbeit des Dr. T. sind wir ja buchstäblich drüber gestolpert, und deshalb gingen dann die Selektoren raus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln und sind am Ende der dritten Runde. Frau Kollegin Warken meldet sich am Anfang der vierten Runde für die CDU/CSU.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja, ich glaube, wir wären jetzt auch turnusmäßig dran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und nachdem die Zeit ja mit dem Zeugen begrenzt ist, er schon an der ein oder anderen Stelle auf die eingestufte Sitzung verwiesen hat, wir auch noch Fragen hatten aus der vergangenen Vernehmung, die wir gerne noch stellen würden heute innerhalb der Zeit, die uns zur Verfügung steht, würde ich gerne beantragen, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird und wir die Fragen in eingestufter Sitzung stellen können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wird das geteilt von allen?

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein! -Dr. Konstantin von Notz

### Nur zur dienstlichen Verwendung

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Nein?

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein! -Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Okay. - Dann sehe ich Dissens zwischen Opposition und Koalition. Dann müssen wir abstimmen darüber.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich wollte - - Darf ich ganz kurz?)

- Ja, klar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Können wir gerne drüber abstimmen, und man kann hier versuchen, das mit Mehrheiten zu machen. Es gibt einen Öffentlichkeitsgrundsatz dieses Ausschusses; der steht im Gesetz. Es gibt massenhaft Fragen, die diesem interessanten Zeugen noch gestellt werden müssen. Ich kann nur sagen: Ihr könnt das hier heute vielleicht pyrrhussiegmäßig durchziehen mit eurer Mehrheit; dann muss Herr H. K. halt noch dreimal kommen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich möchte darauf kurz entgegnen. Das ist dann hier nicht pyrrhussiegmäßig, sondern das ist schlicht und ergreifend das Erfordernis. Aufgrund der krankheitsbedingten Begrenzung des Zeugen in der Vernehmungszeit haben wir das Bedürfnis, in eingestufter Sitzung sehr schnell zu einigen Punkten Klarheit zu bekommen, soweit das mit dem Zeugen möglich ist, und natürlich ist es möglich, dass der Zeuge noch mal in öffentlicher Sitzung hierherkommt und dann noch weitere Fragen gestellt werden können; nur ich denke, es ist jetzt drin-

gend erforderlich, dass wir in eingestufter Sitzung hier ein paar Fragen, die unter den Nägeln brennen, auch klären.

(Nina Warken (CDU/CSU): Ja!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich verstehe überhaupt nicht, wieso jetzt schon wieder neue Moden hier eingeführt werden. Das können wir ja jetzt jedes Mal machen: Wenn Sie keine Lust mehr haben, nachdem Sie zwei Stunden oder von zwei Stunden - wie beim letzten Mal - irgendwie 80 Prozent oder mehr als 80 Prozent der Zeit gefragt haben, und jetzt kommen die kleineren Fraktionen auch mal dran, dann brechen Sie das ab und gehen in nichtöffentliche Sitzung.

(Christian Flisek (SPD): Das ist jetzt wohl ein Witz: drei Fragerunden 100 Prozent in öffentlicher Sitzung!)

- Nein, ich meine, wir fragen ja hier in öffentlicher Sitzung, bis wir eine Klarheit haben - bis auf die Fragen, die der Zeuge hier nicht beantworten kann -,

> (Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, die hätte ich auch gern!)

und dann gehen wir in nichtöffentliche Sitzung. So haben wir die ganze Zeit das gemacht. Jetzt fällt Ihnen da was Neues ein, um das zu blockieren hier,

(Christian Flisek (SPD): Die Frage ist, wo die Blockierer sitzen!)

und dann machen Sie völlig willkürlich hier einen Schnitt; ich weiß nicht, warum, was Sie da verhindern wollen.

> (Dr. Jens Zimmermann (SPD): Weil er in einer

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Dreiviertelstunde wieder geht!)

Ich hoffe ja nicht, dass dem Zeugen irgendwann mal - -

(Zuruf der Abg. Nina Warken (CDU/CSU)

dass er nicht mehr wiederkommen kann, weil er nicht weitere Fragen - -

(Christian Flisek (SPD): Wir haben jetzt noch eine Dreiviertelstunde für nichtöffentliche Fragen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Danke auch für diese Wortmeldung. - Rechtlich ergibt sich das relativ klar aus § 14 des PUAG, und ich kann verstehen, dass auch die Fraktionen der Koalition Fragen stellen, und der Zeuge hat - zumindest habe ich es zweimal wahrgenommen - auf eingestufte Sachverhalte hingewiesen, und die Koalition von ihren Fragen ganz auszuschließen, widerspricht nach meinem Verständnis dem PUAG und auch dem Sinn und Zweck des § 14, an dem auch Sie, Herr Ströbele, ja maßgeblich auch mitgewirkt haben, dass das PUAG, so wie es ist, zustande kam. Also, von daher halte ich das für berechtigt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Gezocke haben wir uns damals nicht vorgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

(Zuruf des Abg. Christian Flisek (SPD))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da müssen wir mal in die Begründung reingucken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ein absoluter Missbrauch der Möglichkeiten, die Sie haben. Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass man da ganze Fraktionen von den Fragen ausschließen wollte - - Aber gut.

> (Nina Warken (CDU/CSU): Wir können auch darüber noch eine halbe Stunde reden!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben mit der Gemeinheit dieser Großen Koalition so nicht gerechnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal, ob es noch Diskussionsbedarf gibt, sonst würde ich darüber gern beschließen lassen, sonst ist die Zeit beim Zeugen abgelaufen. Dann können wir ihm noch weder Fragen in öffentlicher

> (RAn Stefanie Schork: Herr Vorsitzender!)

noch in eingestufter Sitzung stellen. Jetzt muss ich mal gucken - - Frau Anwältin.

RAn Stefanie Schork: Herr K. sagt mir gerade, solange Sie diskutieren, würde er ganz gerne die Zeit nutzen, weil er ohnehin fünf Minuten Pause bräuchte. Vielleicht können Sie die jetzt mal eintreten lassen, dann - - Das ist ja zu Ihren Gunsten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich würde sagen, den Zeugen können wir jetzt erst mal für fünf Minuten entlassen; den brauchen wir nämlich für den möglicherweise jetzt anstehenden Beschluss nicht. Dann können Sie sich schon mal frisch machen, oder was Sie in den fünf Minuten machen wollen. Bleiben Sie aber hier in der Nähe; denn wir brauchen Sie heute noch, voraussichtlich in eingestufter Sitzung. Das würden wir aber jetzt beschließen.

Zeuge H. K.: Ich gehe schon nicht Boot fahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können schon mal sich frisch machen. - So, jetzt frage ich mich: Gibt es hier noch Redebedarf bezüglich des gestellten Antrags von Frau Kollegin Warken? Das, sehe ich, ist nicht der Fall. Dann müssten wir aber drüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, jetzt die Öffentlichkeit auszuschließen und den

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugen H. K. in nichtöffentlicher bzw. eingestufter Sitzung zu befragen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen dürfte es jetzt keine mehr geben.

Damit ist der Ausschluss der Öffentlichkeit für die weitere Vernehmung des Zeugen H. K. so mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition beschlossen. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor - das müssen wir jetzt auch noch als Beschluss beschließen -:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen H. K. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen können.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das mit den Stimmen der Koalition ohne Abstimmung der Opposition so beschlossen worden. Herzlichen Dank.

Die öffentliche Sitzung und Zeugenvernehmung des Zeugen H. K. ist damit an dieser Stelle beendet. Der Zeuge H. K. wird jetzt in nichtöffentlicher bzw. eingestufter Sitzung weiter vernommen; im Anschluss daran, weil der Zeuge H. K. ja nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung hat aus gesundheitlichen Gründen, geht es hier im Saal weiter mit der öffentlichen Vernehmung des Zeugen Dr. Koch. Das wird 15.20 Uhr, wie gesagt, sein, sodass die Öffentlichkeit dann, wenn Sie denn Interesse haben, um 15.20 Uhr hier im Sitzungssaal der weiteren Vernehmung von Dr. Koch folgen kann. Danke schön. - Die Sitzung ist damit an dieser Stelle unterbrochen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 14.14 - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 15.45 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die im öffentlichen Teil unterbrochene Sitzung nun wieder nach der eingestuften Sitzung und Vernehmung des Zeugen H. K. fort mit unserem nächsten Zeugen. Begrüßen darf ich nun Herrn Ministerialdirektor Dr. Koch.

#### Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Koch

Herr Dr. Koch, ich stelle fest, dass Sie als Zeuge ordnungsgemäß geladen sind. Sie haben die Ladung am 14. Dezember erhalten. Ganz herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern, also das Stenografische Protokoll hinterher zu erstellen. Nachdem das erstellt ist, wird auch die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, uns das Protokoll dann mit diesen Korrekturen und Ergänzungen zurückzuschicken. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Herr Vorsitzender, dazu habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufter Sitzung fortführen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Herr Vorsitzender, dazu gibt es keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie nicht durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen werden. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend haben die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Michael Koch: Auch dazu habe ich keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schön. - Dann darf ich Sie jetzt bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Mein Name ist Dr. Michael Koch. Meine Privatanschrift ist

Ich bin 60 Jahre alt, geboren am 1955 in

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann darf ich Ihnen, wie ich es gerade angekündigt habe, zunächst die Gelegenheit zu einem Eingangsstatement geben, wenn Sie dies wünschen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - In der Tat, davon würde ich gerne Gebrauch machen, wenn Sie gestatten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Zeuge Dr. Michael Koch: Lassen Sie mich vielleicht beginnen mit ein paar Worten zu meiner Person. Ich bin seit fünf Monaten, knapp fünf Monaten, der Völkerrechtsberater und Leiter der Rechtsabteilung, der Abteilung 5, im Auswärtigen Amt, also seit dem 20. Juli dieses Jahres. Davor war ich zwischen 2012 und 2015 der Afghanistan-Sonderbeauftragte der Bundesregierung. Zwischen 2008 und 2012, also davor, war ich unser Botschafter in Islamabad in Pakistan, Und wiederum davor, 2004 bis 2008, habe ich den damaligen Sonderstab "Afghanistan" geleitet, war also zwölf Jahre zuständig für zwei Länder, Afghanistan und Pakistan, freilich zwei Länder, die in dieser Zeit im besonderen außen- und sicherheitspolitischen Blickpunkt standen.

Von meiner Ausbildung her bin ich Volljurist mit beiden Staatsexamen, gelernter Völkerrechtler. Bis 1986 - das ist das Jahr meines Eintritts in das Auswärtige Amt - habe ich fünf Jahre an einem der großen Völkerrechtsinstitute unseres Landes gearbeitet, im Kieler Institut für Internationales Recht, heute Schücking-Institut für Internationales Recht. Promoviert habe ich bei Christian Tomuschat, damals noch in Bonn, und wäre beinahe überhaupt an der Universität geblieben, bevor ich dann den glücklichen Gedanken gefasst habe, dem Auswärtigen Amt beizutreten.

Ich vermute, Herr Vorsitzender, dass ich Ihnen hier heute weniger als Zeuge im Sinne der Strafprozessordnung dienen soll und eher als Sachverständiger zu den verschiedenen völkerrechtlichen Aspekten Ihres Untersuchungsauftrages. Natürlich stehe ich Ihnen sehr gerne in beiden Rollen zur Verfügung.

In meiner Eingangsäußerung würde ich gerne zwei Themen zum Völkerrecht abhandeln. Das erste, die völkerrechtliche Einordung von bewaffneten Drohnen, ist ja etwas, was auch Ihren Auftrag unmittelbar betrifft, das andere, was ihn ganz breit betrifft, ist die völkerrechtliche Einordnung von Spionage.

Ich beginne also mit dem Thema bewaffnete Drohnen, das wir dann ja sicher im Gespräch weiter vertiefen können, und will als Erstes darauf verweisen, dass vor etwas über einem Jahr meine liebe Frau und ich diesen ausführlichen Artikel mit genau dieser Fragestellung der Festschrift zum hundertjährigen Bestehen unseres vorhin erwähnten Institutes zugeliefert haben. Ich lasse das auch gerne hier für denjenigen/diejenige, die das vertiefen möchten².

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen sicher nicht sagen, dass das Thema bewaffnete Drohnen in unserem Land politisch hoch umstritten ist. In dem, was ich jetzt sage, will ich zur politischen Opportunität oder gar zur militärtechnischen Nützlichkeit von Drohnen nicht Stellung nehmen. Das ist nicht mein Thema. Ich befasse mich hier ausschließlich mit der völkerrechtlichen Einordnung dieses Waffentyps. Das ist wichtig; denn natürlich muss man nicht alles tun, was das Recht erlaubt. Nur, da, wo das Recht verbietet, ist

<sup>2)</sup> Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.

## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auch kein Raum mehr für politisch motivierte, andere Entscheidungen. Als Waffentypus und das ist ein ziemlich eindeutiges Ergebnis sind Drohnen nicht völkerrechtswidrig. Und wenn ich jetzt im Weiteren das Wort so gebrauche - Drohne -, meine ich immer bewaffnete Drohnen. Die unbewaffneten sind ja sowieso unproblematisch. Wenn ich sage "als Waffentypus", dann meine ich damit, ob die Drohne als solche unabhängig von ihrem Gebrauch dem Völkerrecht widerspricht. Das tut sie nicht. Solche Verbote gibt es ja im Völkerrecht. Chemiewaffen etwa - das älteste derartige Verbot - sind seit 1925 verboten, bakteriologische Waffen sind verboten, blindmachende Laserwaffen, Streumunition und anderes mehr. Ein solches Verbot, ein solches spezielles Verbot zu Drohnen, gibt es nicht.

Es gibt dann eine weitere Vorschrift im ersten Zusatzprotokoll zu den vier Genfer Abkommen, die in ihrer Gesamtheit das humanitäre Völkerrecht niederlegen, in der es heißt, dass eine Waffe dann unzulässig ist, wenn sie bei bestimmungsmäßigem Gebrauch - das sind jetzt meine Worte -

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sind Sie jetzt Sachverständiger oder Zeuge?)

regelmäßig zu völkerrechtswidrigen Ergebnissen führt. Das ist bei bewaffneten Drohnen erkennbar nicht der Fall.

> (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ach, die treffen nie die Falschen?)

Wohl aber können natürlich Drohnen, wie jede Waffe, unter den konkreten Umständen des Einzelfalles völkerrechtswidrig eingesetzt werden.

> (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Zum Beispiel ohne Urteil!)

Dabei sind drei Gesichtspunkte zu unterscheiden, drei Fallgruppen, die ich bilden würde: Wenn ein solcher Einsatz - was regelmäßig der Fall sein dürfte - innerhalb eines bewaffneten Konfliktes erfolgt, so ist das humanitäre Völkerrecht anwendbar; darüber sprechen wir vielleicht gleich. Dieses kann verletzt werden, etwa wenn eine Drohne auf ein nicht legitimes Ziel gerichtet ist - einfach gesprochen: auf einen Zivilisten etwa - oder auf ein Ziel, das, weil es geschützt wird nach dem humanitären Völkerrecht, nicht angegriffen werden darf. All die Möglichkeiten, all die Regeln, die das humanitäre Völkerrecht vorsieht, können natürlich durch Drohnen ebenso verletzt werden wie durch andere Waffen.

Die zweite Fallgruppe betrifft den Einsatz von Drohnen, der weit, weit seltener sein dürfte, außerhalb von bewaffneten Konflikten. Da ist die Lage grundsätzlich anders. Hier gilt das im Völkergewohnheitsrecht niedergelegte Recht auf Leben, wie es etwa Eingang gefunden hat in Artikel 6 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Diese Regel ist im Übrigen auch dem Bestand von sogenannten Jus-cogens-Regeln zuzuschreiben, das bedeutet, es kann nicht abbedungen werden. Und abgesehen von wenigen Ausnahmefällen ist unter diesen Bedingungen der Einsatz von Drohnen insofern völkerrechtswidrig - übrigens nicht anders wie<sup>3</sup> jede andere Tötung, die ausgeführt würde außerhalb eines bewaffneten Konflikts.

Und die dritte Gruppe, die ich hier nennen würde, sind solche Fälle, wo ein bewaffneter Konflikt zwar vorliegt, er aber vonseiten desjenigen Staates, der die Drohne einsetzt, nicht geführt werden dürfe, weil dieser Staat kein Recht zum Kriege hat. Das ist ja der Fall, der insbesondere in Bezug auf Pakistan immer wieder diskutiert wird. Darüber können wir vielleicht gleich im Detail sprechen.

Die wichtigste Feststellung, die man treffen muss zu diesem Thema, ist, dass die Völkerrechtsgemäßheit von Drohneneinsätzen immer nur im Einzelfall beurteilt werden kann, in Kenntnis des gesamten Sachverhaltes. Und das eben ist schwer; Drohnen werden regelmäßig eingesetzt in abgelegenen, kaum erreichbaren Einsatzorten.

<sup>3)</sup> vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe das in meiner Zeit in Islamabad insbesondere erlebt im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, in Abwesenheit ordentlich arbeitender Justiz- und Polizeibehörden, in Gebieten oft, wo auch die Zivilgesellschaft als Auskunftsquelle nur bedingt ergiebig ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun kurz zu meinem zweiten Thema kommen, der völkerrechtlichen Einordnung von Spionage. Da ist zunächst einmal die nüchterne und ernüchternde - wenn Sie so wollen - Feststellung zu treffen, dass das Völkerrecht zur Spionage wenig anzubieten hat. Es gibt zwei Regeln zur sogenannten Kriegsspionage. Das wird Sie nicht besonders interessieren; deswegen werde ich das hier auch nicht weiter vertiefen. Es gibt in der Literatur, wie ja meistens zwischen Juristen, Streit darüber, was diese Abwesenheit von Regeln zu Spionage bedeutet. In der meines Erachtens richtigen Meinung ist zu sagen, dass das Völkerrecht Spionage weder erlaubt noch verbietet, also sozusagen einfach keine Aussage dazu trifft. Es gibt aber sicher genauso oft die Auffassung, dass Spionage erlaubt ist, deswegen, weil sie nicht verboten ist, weil das Völkerrecht alles gestattet, was es nicht verbietet.

Natürlich gibt es dann einzelne Formen von Spionage, wo anderes gilt. Kommt es etwa im Zusammenhang mit Spionageaktivitäten zu einer Verletzung fremder territorialer Souveränität, gilt anderes. Also wenn Sie etwa eine Drohne, und in diesem Fall eine unbewaffnete Aufklärungsdrohne, über fremdem Luftraum fliegen lassen, dann verletzen Sie das Interventionsverbot des Artikels 2 Absatz 4 der VN-Charta. Aber in der Regel ist ein solches Interventionsverbot nicht verletzt, zumal ganz sicher nicht bei elektronisch ausgeführter Spionage, einfach deswegen, weil der Artikel 2 Absatz 4 der Charta die Ausübung von Zwang verlangt, der in solchen Fällen gerade nicht gegeben ist.

Ebenfalls anderes gilt, wenn Spionage aus einer diplomatischen Vertretung heraus erfolgt. Dann liegt - und das ist auch völlig eindeutig, ohne dass es darüber Streit geben könnte - eine Verletzung gleich mehrerer Vorschriften des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961 vor. Insbesondere ist allen akkreditierten Diplomaten nur die legale Informationsbeschaffung gestattet. Entgegen dem, was manchmal gemeint wird, ist der Diplomatenstatus auch keine Lizenz, die Gesetze des Gastlandes zu brechen, die vielmehr alle ausnahmslos zu wahren und anzuwenden sind - auch für den Diplomaten.

Eine weitere Sondergruppe beträfe den Fall von Spionage etwa aus NATO-Einrichtungen heraus, die hier in Deutschland sich befinden. Dann läge vor eine Verletzung von Artikel 2 des NATO-Truppenstatuts, das ebenfalls niederlegt, dass das Recht des Aufnahmestaates, also in diesem Fall das deutsche Recht, ausnahmslos zu beachten ist, und in Artikel 7 sogar ausdrücklich in diesem Zusammenhang Spionage nennt.

Dann vielleicht am interessantesten, wenn auch in der Summe nach, ich würde sagen, weit überwiegendem herrschenden Urteil nur de lege ferenda als Quelle nutzbar, sind die Regeln des Menschenrechtsschutzes. Wenn ich sage "de lege ferenda", dann meine ich damit "als noch zu bildendes Recht" im Gegensatz zu dem Recht, so wie es gilt. Da ist eine der Rechtsquellen, die ich nennen würde, der Artikel 17 des vorhin schon mal erwähnten Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte - ich zitiere -

Niemand darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben ... ausgesetzt werden

- Ende des Zitats - als Anknüpfungspunkt für ein Recht auf Privatheit. Da ist nur allerdings das Problem, dass hochstreitig ist, in welchem Umfange der IPbürgR - das ist die Abkürzung für den Internationalen Pakt - extraterritorial anwendbar ist. Die USA bestreiten das konsistent und konsequent, seitdem sie dem Pakt Anfang der 90er-Jahre beigetreten sind, gehen also davon aus, dass das, was an Rechten hier zugunsten des Einzelnen niedergelegt ist, nur von den USA gegenüber ihren eigenen Bürgern und anderen Personen, die sich auf ihrem Territorium aufhalten, gilt, aber nicht denen dritter Staaten oder anderswo. Die

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesregierung nimmt eine differenzierte Haltung ein. Wir gehen von einer gewissen extraterritorialen Wirkung aus. Wir können das gerne gleich vertiefen. Das ist allerdings zum Teil eine sehr technische Diskussion. Trotzdem sehen auch wir und die ganz, ganz überwiegende Mehrheit der Staaten - ich könnte Ihnen im Moment überhaupt keinen Staat nennen, der das anders sieht - diese Vorschrift nicht verletzt durch die Art von Fernaufklärungen, von denen wir seit 2013 im Zusammenhang mit der NSA gehört haben.

Das ist aber ein weites Feld, ein interessantes Feld, an dem wir auch arbeiten, das Auswärtige Amt, die Bundesregierung, um eben mit dem Artikel 17 als Ausgangspunkt die völkerrechtliche Rechtsfortbildung auf diesem Gebiet zu betreiben und auszubauen.

In der Summe, meine Damen und Herren, ist also zu sagen: Es gibt kein gar flächendeckendes Verbot von Spionage im Völkerrecht. Ich habe jetzt hier im Übrigen und natürlich ausgespart, was das amerikanische Recht selbst zu dem Thema sagt; das ist ja, denke ich, für Sie auch jetzt nicht von Interesse.

Herr Vorsitzender, das beendet erst einmal meine einleitenden Ausführungen. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihr Eingangsstatement. - Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass Sie natürlich als Zeuge geladen sind, nicht als Sachverständiger; da werden sich sicherlich die Fragen auf Ihre konkreten Wahrnehmungen beziehen, möglicherweise im Zeitraum 2004/2008 als Leiter des Sonderstabs "Afghanistan" im AA oder aus anderen Punkten. Erstrangig als Zeuge natürlich, freuen wir uns über Ihre völkerrechtliche Expertise, und Fragen dahin gehend sind natürlich auch zulässig, obwohl im Kern - darauf möchte ich hinweisen - Sie den Zeugenstatus haben.

Eine Frage hätte ich einfach verständnishalber zu dem, was Sie gerade ausgeführt haben. Sie haben zivile Ziele angesprochen und das in den Kontext von Drohnen gestellt und haben gesagt: Zivile Ziele sind grundsätzlich verboten. - Wie ist das völkerrechtlich auch in der Verhältnismäßigkeitsabwägung mit beispielsweise Gefolgschaften? Wie ist das, ob neben Kombattanten auch zivile Ziele in Mitleidenschaft gezogen werden können? Geht das gar nicht? Oder kann man das etwas differenzierter noch darstellen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, Herr Vorsitzender, das ist ein weites Feld. Es geht. Es ist insoweit zwischen dem humanitären Völkerrecht und etwa dem, was wir aus unserem eigenen Polizeirecht kennen, ein erheblicher Unterschied; aber die Verhältnismäßigkeit ist stets zu beachten, ist immer mit zu bedenken. Es ist niedergelegt etwa im vorhin schon zitierten Zusatzprotokoll 1 das sogenannte Exzessverbot. Da gibt es eine ganze Reihe von einhegenden Regeln. Aber es ist nicht so wie im Polizeirecht, dass ein Einsatz militärischer, auch tödlicher Gewalt nur erfolgen kann, wenn absolute Sicherheit hergestellt worden ist, dass es keine zivilen - - oder dass es kein Betroffensein von Zivilisten oder zivilen Zielen gibt. Das ist im humanitären Völkerrecht nicht so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sprich: Wenn ich das so interpretiere, muss das militärische Ziel im Verhältnis zu den möglichen auch zivilen Opfern stehen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Das ist korrekt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann habe ich eine ganz andere Frage. - Das wollte ich nur noch mal zur Klarheit haben. - Wie haben Sie sich denn auf die heutige Sitzung vorbereitet?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Durch Aktenstudium, durch Befragen von Kollegen, durch - - Ja, habe halt in vier Tagen versucht, so viel zusammenzutragen, was mir möglich ist, um in dieser Sitzung von Nutzen zu sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und haben Sie schon vor dem 14. Dezember gewusst, dass Sie hier im Ausschuss geladen werden?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ich habe davon gewusst, dass überlegt wurde, mich zu laden; aber

### Nur zur dienstlichen Verwendung

ich habe, bevor ich die Ladung bekommen habe, nicht gewusst, dass ich geladen werde. Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Woher haben Sie das erfahren, dass überlegt wird, ob Sie geladen werden?

Zeuge Dr. Michael Koch: Aus dem Haus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das Haus ist in dem Fall das AA?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ist das Auswärtige Amt, richtig, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann: Mit wem haben Sie sich genau in concreto besprochen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Wozu jetzt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu der heutigen Zeugenvernehmung. Also, wer waren die Personen, mit denen Sie sich besprochen haben?

Zeuge Dr. Michael Koch: Mit meinen eigenen Leuten, mit meiner Frau, die ja auch Völkerrechtlerin ist, mit - also, kann ich Ihnen jetzt nicht näher - - ich meine, Leuten, die zuständig sind für Themen in meiner Abteilung, zu denen ich gerade vorgetragen habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie da Akten einsehen können auch?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, ich habe auch Akten eingesehen, in dem Sinne, als ich einzelne, ja, zum Beispiel parlamentarische Anfragen mir angeschaut habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche waren das genau? Wahrscheinlich aus dem Jahr 2013. vermute ich.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ja. Also, vor allem aus der letzten Zeit. Was es da halt so gab zu den verschiedenen Themen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie das spezifizieren? Waren das aus letzter Zeit die Anfragen von Herrn Kollegen Ströbele? Oder waren es Anfragen aus 2013 beispielsweise?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein, das waren jüngere Anfragen jetzt aus dem letzten Jahr, würde ich sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Von welchen Abgeordneten? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Michael Koch: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber es waren gute Anfragen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, dann müssen sie ja von der Opposition gekommen sein!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist nämlich immer so, weil die Anfragen der Abgeordneten sind immer gut.

Zeuge Dr. Michael Koch: Natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut, mir reicht es erst mal. - Frau Kollegin Renner ist die erste Befragende aus der Fraktion Die Linke. Also, es geht jetzt die Fragerunde los. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Koch, ich will mich ausdrücklich auf den Untersuchungszeitraum beziehen. Und da interessiert mich Ihre Station als Botschafter in Pakistan 2008 bis 2012. In diese Zeit fielen eine Reihe von Drohnenangriffen in Pakistan, bei denen auch deutsche Staatsbürger starben. Was wissen Sie darüber?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, was ich erinnere, das ist, dass es eine Reihe von Meldungen gab, dass Deutsche Drohnenangriffen zum Opfer gefallen sein sollen. In einem Fall 2010 war das dann ja auch so. Und dann ist dazu ein Vorgang bei der Generalbundesanwaltschaft angelegt worden. Da sind wir als Botschaft Islamabad jeweils auch be-

### Nur zur dienstlichen Verwendung

fasst worden mit der Bitte, von den pakistanischen Behörden Bestätigungen oder auch Dementis dazu zu bekommen, und das haben wir dann natürlich auch gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie allein mit der Generalbundesanwaltschaft in Kontakt oder noch mit anderen Behörden?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich bin mit der Generalbundesanwaltschaft überhaupt nicht in Kontakt gewesen, weder damals noch heute jetzt hierzu.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. - Mit wem waren Sie denn damals dann in Austausch zu diesen Vorgängen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Mit dem Auswärtigen Amt selber natürlich, das uns dazu Weisungen gegeben hat, und dann mit den pakistanischen Behörden, vor allem dem pakistanischen Außenministerium.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn Inhalt dieser Weisungen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Dem nachzugehen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Michael Koch: - wie das in solchen Fällen ja immer ist. Wenn man Grund hat zu der Annahme, dass Deutsche umgekommen sind, dann ist es ja die Aufgabe der zuständigen Auslandsvertretung, das ihr Mögliche zur Aufklärung eines solchen Berichtes zu tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Aufklärungsbemühungen spielte es auch eine Rolle, herauszufinden, ob es zu den getöteten Personen bei deutschen Behörden Daten gegeben hat?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein. Da spielte einzig, soweit es die Botschaft betraf, die Frage eine Rolle, ob ein solcher Todesfall zu bestätigen ist, was ja sich durchweg als ausgesprochen schwierig und in der Regel unmöglich gezeigt hat. Ich weiß jetzt nicht mehr auch in diesem einzelnen Fall, an den ich mich erinnere, -

Martina Renner (DIE LINKE): Welcher ist das denn?

Zeuge Dr. Michael Koch: - auf den ich eben Bezug genommen habe, wie das das erste Mal zu uns gekommen ist. Vermutlich auch aufgrund von Medienberichterstattung. Und dann geht es einfach darum, zu bestätigen oder aber solche Medienberichterstattung zu dementieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Welcher Fall war das?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Der Fall Büleymann [sic]? Der Fall, ich glaube, Büleymann [sic!].

Martina Renner (DIE LINKE): Büleymann [sic!].

Zeuge Dr. Michael Koch: So heißt der.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das war in welchem Jahr?

Zeuge Dr. Michael Koch: 2010.

Martina Renner (DIE LINKE): 2010. Jetzt ist es ja in einigen Fällen so, dass der BND auch mit und in den Botschaften im Ausland zusammenarbeitet. Das ist doch richtig?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Verzeihung, war das eine Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist doch richtig und auch anzunehmen, dass es in Pakistan so ist?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, wir sind eine der Behörden, mit denen der Bundesnachrichtendienst zusammenarbeitet, ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Klar. - Und der BND, war der auch innerhalb der Botschaft mit Mitarbeitern vertreten?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich weiß nicht - -Müssen wir diese Frage jetzt hier in offener Sitzung - -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, weil wir die Geheimdienste untersuchen und nicht das Auswärtige Amt.

(Der Zeuge blickt zu LR Gunnar Berkemeier (AA))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Solange wie das Auswärtige Amt keine Bedenken hegt, hege ich auch keine.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er soll jetzt Bedenken haben! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Was soll er Bedenken haben? Das ist Untersuchungsgegenstand!)

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sitzen hier ja nicht wegen eines Völkerrechtsseminars, sondern weil wir den Drohnenkrieg und die Verwicklung, möglicherweise, deutscher Dienste untersuchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gibt es eine Wortmeldung. Wir hören mal. Bitte schön.

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja! An die Wahrheitspflicht ist zu erinnern!)

LR Gunnar Berkemeier (AA): Also, aus Sicht des Auswärtigen Amtes kann der Zeuge natürlich grundsätzlich dazu Stellung nehmen. Wir weisen aber auch darauf hin, auch gerade in Absprache mit dem Geschäftsbereich, der für genau diese Residenturen zuständig wäre, dass das grundsätzlich natürlich nicht Gegenstand ist, wie die Kooperation zwischen dem BND und den deutschen Botschaften abläuft. Aber er kann natürlich dazu grundsätzlich was sagen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Hat der Zeuge eine Aussagebefugnis?) **Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Entschuldigung, jetzt nicht jeder durcheinander.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also - - Aber das ist ja zentraler Punkt - ja?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frau Kollegin Renner hat die Frage -

Martina Renner (DIE LINKE): - gestellt. Also, ganz konkret: Bei diesen Aufklärungsversuchen zu diesen Vorfällen, war da der BND einbezogen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, wenn solche Bemühungen angestellt werden, eine solche Meldung zu bestätigen, wird immer auch der Bundesnachrichtendienst in einem solchen Fall<sup>4</sup> beteiligt. Man muss ja sehen: Das Gebiet, in dem die Drohnenangriffe stattgefunden haben und auch der Angriff damals 2010, Nordwaziristan, das Grenzgebiet zu Afghanistan, ist schwer zu betreten. Das ist ja nicht ein Platz, wo Sie einfach hinfahren können und mal selber nachgucken, was da war. Insoweit muss man dann schon alle Möglichkeiten, die man zur Verfügung hat, nutzen. Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Also, der BND fährt vor Ort und führt die Gespräche mit den Regierungsstellen auf der anderen Seite, oder macht das die Botschaft?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein, also, was der Bundesnachrichtendienst tut dazu, ist die Sache des Bundesnachrichtendienstes und nicht des Auswärtigen Amtes. Das Auswärtige Amt ist ja auch kein Weisungsgeber gegenüber dem Bundesnachrichtendienst. Was wir tun, was ich getan habe, ist, das Gespräch mit der pakistanischen Regierung zu suchen, übrigens auch unter Einschluss - wenn das irgend möglich war - des pakistanischen Militärs, die ja in diesem Land eine besondere Rolle spielen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich hatte immer gedacht, der BND ist auch unter Legende als

<sup>4)</sup> Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter deutscher Botschaften im Ausland unterwegs.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, aber der Bundesnachrichtendienst ist eine eigene Organisation. Der ist für sich selber verantwortlich und wird nicht tätig auf Weisung des Auswärtigen Amtes. Was man macht, ist, dass man alle bittet, ihre jeweiligen Möglichkeiten zu nutzen, um festzustellen, was an einer solchen Meldung dran ist. Und das machen dann die Einzelnen; aber das machen sie in eigener Verantwortung.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat der BND denn mal die Ergebnisse seiner Untersuchung Ihnen zurückgemeldet?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Der BND meldet nicht Ergebnisse an den Botschafter, sondern an seine Zentrale, und dann geht das von dort ein in die jeweiligen, ja, Entscheidungsprozesse. Das - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber wenn man im selben Haus sitzt, redet man doch manchmal miteinander - oder?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sitzen doch bei auch den Botschaften im Haus.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich will nur klarstellen: Der BND wird nicht für das Auswärtige Amt tätig, und der wird auch nicht für den Botschafter tätig.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber er läuft unter Legende als Mitarbeiter der deutschen Botschaften, -

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und deswegen wird es ja Kommunikation geben.

Zeuge Dr. Michael Koch: Natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und da möchte ich wissen, ob es zu diesen Fällen Kommunikation mit dem BND gegeben hat.

Zeuge Dr. Michael Koch: Das kann ich Ihnen beim besten Willen nach fünf Jahren nicht sagen, mit wem ich wann darüber gesprochen habe. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): War der BND damals mit den Fällen der deutschen Opfer auf Grundlage von bewaffneten Drohnenangriffen befasst?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ich habe Ihnen ja schon gesagt, dass grundsätzlich in solchen Fällen alle Möglichkeiten genutzt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber jetzt - - Ich habe eine konkrete Frage gestellt und keine allgemeine. Ich möchte wissen, ob in diesen Fällen, an die Sie sich erinnern, aus 2010 der BND mit diesen Fällen befasst war.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich kann Ihnen nicht sagen, wer wann bei welchen Gelegenheiten mit Kollegen des Bundesnachrichtendienstes darüber gesprochen hat. Das weiß ich nicht mehr. So weit reicht meine Erinnerung nicht. Das tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben nicht mit dem Bundesnachrichtendienst in der Sache gesprochen?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Mit dem Bundesnachrichtendienst als solchem sowieso nicht. Das habe ich ja schon erklärt. Sie interessieren sich ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): Mit dem Mitarbeiter des BND, der möglicherweise unter Legende tätig war.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, genau.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Mit dem haben Sie gesprochen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, daran erinnere ich mich nicht.

# Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Also, haben Sie mit ihm gesprochen, oder erinnern Sie sich nicht?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich, also - - Ich erinnere mich nicht daran, mit wem ich über dieses Thema im Einzelnen gesprochen habe. Das ist fünf Jahre her. Das übersteigt meine Möglichkeiten. (Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ging bloß um ein paar Tote! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Sie sind Zeuge!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ist ja jetzt auch nicht - - Ist ja aber auch nicht ewig her, fünf Jahre - nicht? Also, bei 20 Jahren, da sieht es vielleicht ein bisschen anders aus. Und es waren ja schon Vorgänge, die auch in der deutschen Presse eine gewisse Relevanz entfaltet haben, und deswegen wäre es ja schon wichtig, mit wem im Ausland man versucht, diese Fälle aufzuklären, weil wir ja hier untersuchen, ob der BND durch Datenweitergabe, zum Beispiel an die NSA, beteiligt ist an diesem Geheimkrieg genannten Einsatz bewaffneter Drohnen. Deswegen ist das hier nicht irrelevant, was ich frage, sondern für uns zentral. Deswegen würde ich Sie einfach noch mal bitten, ob in diesen Fällen 2010, in denen deutsche Staatsbürger zu Tode gekommen sind auf Grundlage des militärischen Drohneneinsatzes, der BND an der Aufklärung, Aufarbeitung, wie auch immer, dieser Fälle in Pakistan beteiligt war.

Zeuge Dr. Michael Koch: So, jetzt sage ich es noch mal: Ich weiß von - - Ich erinnere mich an einen Fall, den habe ich gerade genannt. Ich weiß, es gab Meldungen zu mehr Fällen. Das weiß ich jetzt nicht mehr im Einzelnen, zu welcher Bewertung die da am Ende gekommen sind. Und allgemein habe ich die Aussage getroffen, dass in so einem Fall alle Teile einer Botschaft routinemäßig befasst werden mit der Bitte, ihre Möglichkeiten zu nutzen, zur Aufklärung beizutragen. Mit wem ich konkret damals bei diesem Fall oder bei anderen, vergleichbaren Fällen wann gesprochen habe, weiß ich nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir müssten jetzt wechseln. Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Koch, erst mal von unserer Seite: Hallo! - Ich hätte jetzt zunächst einmal durchaus eine Frage an Sie, ich sage mal, als Zeuge aus

# Nur zur dienstlichen Verwendung

näherer Zeit und in Ihrer Funktion als Leiter des Sonderstabs "Afghanistan", und Sie waren sehr viel mit diesem Land in Ihrem Tätigkeitsbereich im Auswärtigen Amt befasst. Sie waren ja auch Sonderbeauftragter der deutschen Bundesregierung dort. Sie haben ja wahrscheinlich auch die Arbeit des Ausschusses verfolgt. Wir sind ja in einem Bereich hier sehr intensiv tätig gewesen, nämlich was die Rolle von Bad Aibling betrifft, von dieser Satellitenkommunikationsüberwachungsstation - ich nenne das jetzt mal so -, die ja ganz wesentlich auch einen Fokus auf Länder wie Afghanistan gerichtet hat. In diesem Kontext ist auch hier das ganze Selektorenproblem aufgetaucht. Sie können das ja auch aktuell in der Presse verfolgen, dass es da eine ganze Reihe auch kritischer Selektoren offenbar gibt, die gegebenenfalls, so wird es ja gemeldet, dann eben auch einen Europabezug haben, also sich auf Institutionen und Personen innerhalb der Europäischen Union beispielsweise beziehen.

Dann hatten wir hier auch in öffentlicher Sitzung den Präsidenten des BNDs gehabt. Und auf die Frage: "Wenn diese Selektoren mit diesen Bezügen dann in Bad Aibling eingesetzt werden - - kam, ich sage jetzt mal, sinngemäß, weil ich es nicht wörtlich mehr zitieren kann, die Aussage vom BND-Präsidenten Schindler, er wäre nie auch nur auf die Idee gekommen, dass Selektoren mit einem solchen europäischen Bezug beispielsweise - ich nenne jetzt mal beispielsweise Außenminister vom Land X oder Y oder irgendein anderer Minister -, dass das in Bezug auf die Überwachung von Satellitenkommunikation beispielsweise in Afghanistan irgendeine Bedeutung haben könnte.

Und jetzt würde ich Sie ganz einfach als jemand, der sozusagen in der Außenpolitik ganz federführend viele Jahre diese Region begleitet hat, gerne mal fragen: Würden Sie diese Einschätzung auch so teilen, oder würden Sie eventuell sagen: "Da gibt es eine Bedeutung, eine nachrichtendienstliche Bedeutung"?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Eine nachrichtendienstliche Bedeutung wofür - oder wovon besser?

Christian Flisek (SPD): Um Informationen zu bekommen, beispielsweise vom Außenminister X des Landes Y oder des Verteidigungsministers A aus dem Land B, wenn man das zum Beispiel als ein Profil einsetzt in Bad Aibling. Also, Sie konnten mir so weit folgen - ja? Also, der BND-Chef hat hier gesagt: Das mag sein, dass man ein solches Profil einsetzt; aber er wäre auch nie auf die Idee nur gekommen, dass das sozusagen in Afghanistan zu Treffern führen könnte.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ja, also, es tut mir leid, Herr Abgeordneter, dazu kann ich nichts sagen.

**Christian Flisek** (SPD): Ich versuche, es mal konkret zu machen -

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

Christian Flisek (SPD): - vielleicht habe ich es ein bisschen zu abstrakt beschrieben -: Ist Ihnen in Ihrer Zeit irgendwann untergekommen, dass beispielsweise Delegationen europäischer Länder, die nach Afghanistan reisen, nachrichtendienstlich überwacht werden - jetzt nicht unbedingt nur vom BND, sondern generell, dass in Afghanistan nicht nur Afghanen überwacht werden, sondern eben auch und vor allem zum Beispiel Delegationen aus allen möglichen Ländern, die dort eben ihre Interessen koordinieren und repräsentieren?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein.

**Christian Flisek** (SPD): Dafür haben Sie nie irgendwelche konkreten Anhaltspunkte gehabt.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Das ist korrekt, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Genau. Gut, also, das wollte ich nur mal wissen. Es hätte ja sein können, dass man dort allgemein mit einem Bewusstsein sozusagen hingeht und hinfährt, weil man vielleicht auch schon selber vom Auswärtigen Amt darauf hingewiesen wird, Sicherheitsmaßnahmen bei der Kommunikation einzuhalten, weil man vielleicht sensibilisiert ist, dass das ein Überwachungshotspot sein könnte. Ich meine, so fernliegend ist es ja nicht. Ich meine - -

# Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, Sie haben jetzt ja gesprochen von dem, was unser Dienst macht. Das ist ja nicht inkompatibel damit, dass in der Tat beträchtlicher Aufwand getrieben wird, sichere Kommunikationsmittel zu nutzen, die VS-Anweisungen zu beachten und vieles mehr zu tun, um sich vor fremder Spionage zu schützen. Das ist ja - - Das haben Sie aber jetzt auch nicht gefragt.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich habe nur - -Also, ich möchte eigentlich wissen, ob das, was der BND-Chef hier gesagt hat, dass dieser Gedanke, dass, ob das jetzt deutsche oder andere Dienste sind - - auf die Idee kommen könnten, dass Afghanistan auch für die Überwachung von Nichtafghanen, beispielsweise von Delegationen aus der EU, ein interessantes Ziel sein könnte für die politische Spionage allgemein. Also, wenn ich wissen will, was der französische Außenminister oder der - was weiß ich - italienische Verteidigungsminister denkt und macht, und ich weiß, der ist regelmäßig mal, immer wieder, zwei, drei Mal im Jahr, mit einer Delegation in Kabul und muss ja da auch seinen ganzen Stab weiter führen mit allen Kontakten zur Heimat, dann ist das doch, wenn ich mir vorstelle, wie viele Delegationen seit diesem Afghanistan-Einsatz dieses Land immer wieder regelmäßigst besucht haben, aus meiner Sicht so eine Art Hotspot des Politiktourismus weltweit. Und deswegen habe ich immer die These vertreten: Das ist eines der lohnendsten Ziele überhaupt.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Na ja, das ist schon richtig.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, das ist genau - - Also, das würden Sie teilen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, gut, also - - Aber, Herr Abgeordneter, wenn Sie mich fragen, bin ich jemals mit so etwas in Berührung gekommen, lautet die Antwort: Nein. Was andere Dienste machen, weiß ich nun sowieso und erst recht nicht. Sie haben sehr recht mit der Annahme, dass Afghanistan über viele Jahre ein besonders beliebtes Zielland für Reisen vieler, vieler Länder, der politischen Führung, parlamentarischen Reisen gewesen ist. Das ist sicher richtig. Aber ich fürchte, mehr kann ich dazu nicht beitragen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, ist ja auch richtig. Okay. - Dann würde ich jetzt noch mal das Thema wechseln wollen. Ist denn Ihnen bekannt, ob vom BND oder auch von der Bundeswehr Daten, vielleicht sogar Meldungen an andere Dienste weitergeleitet worden sind, vor allen Dingen an US-Dienste weitergeleitet worden sind, die zur Steuerung von gezielten Tötungen durch Drohnen geeignet wären?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Das ist mir nicht bekannt, nein.

**Christian Flisek** (SPD): Da haben Sie auch keinerlei Anhaltspunkte irgendwo jemals für bekommen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Der Bundesnachrichtendienst untersteht dem Bundeskanzleramt. Das Auswärtige Amt hat keinen Nachrichtendienst. Wir sind ein Kunde des Bundesnachrichtendienstes insofern, als wir dessen Berichte lesen, aber - -

Christian Flisek (SPD): Nimmt denn, Herr Dr. Koch, der Bundesnachrichtendienst, manchmal vielleicht auch indirekt, vermittelt über das Kanzleramt, Expertise des Auswärtigen Amtes, zum Beispiel völkerrechtliche Expertise, in Anspruch, dass man mit, ich sage mal, abstrakten Rechtsfragen an Sie herantritt und Sie fragt: "Wie ist die Bewertung des Auswärtigen Amtes, der Spezialisten, der Experten?" - zum Beispiel Sie sind ja ein ausgewiesener Völkerrechtsexperte -, "Wie ist die Expertise, die Bewertung in einer konkreten Frage?"?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, das ist mir in den fünf Monaten jedenfalls noch nicht passiert. Aber das ist ein interessanter Gedanke. Nein, kann ich aus meiner kurzen Amtszeit nichts zu berichten.

**Christian Flisek** (SPD): Okay. - Kennen Sie die Bedeutung von AFRICOM?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Können Sie uns dazu was sagen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Das ist ein Hauptquartier der amerikanischen Armee mit Sitz in Stuttgart und Zuständigkeit für Afrika ohne Ägypten, glaube ich.

Christian Flisek (SPD): Und was wird da gemacht?

Zeuge Dr. Michael Koch: Da wird, soweit ich es der Presse entnehme - und mein Wissen dazu, das liegt ja außerhalb meiner Zuständigkeit, ist da das, was ein Zeitungsleser hat - - So wie die USA ja die gesamte Welt aufgeteilt haben in Kommandos - Afghanistan wird geleitet durch CENTCOM, das sitzt in Tampa -, so werden eben Aktivitäten in Afrika durch dieses Kommando geleitet.

Christian Flisek (SPD): Und diese Eindrücke oder Meinungen, die Sie da haben, das sind - das haben Sie selber sich nur aus Lektüre der Zeitungen oder sonstiger öffentlich zugänglicher Medien sozusagen erschlossen. Sie haben jetzt nie irgendwie - - Sie waren nie dort.

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein.

Christian Flisek (SPD): Waren Sie mal - - Oder: Haben Sie irgendwie Bezüge in Ihrer Arbeit - jenseits jetzt des Lesens, dass man einen Zeitungsartikel liest - zu Ramstein gehabt?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, wenn ich Sie jetzt fragen würde, was in Ramstein passiert, dann würden Sie auch sagen: "Das, was ich aus der Zeitung - - im Endeffekt?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein, bei Ramstein weiß ich ja ein bisschen mehr. Da gibt es ja das Thema seit zwei Jahren, immer wieder durch Medienbericht aufgebracht, dass von dort aus amerikanische Drohnenangriffe in irgendeiner Form gesteuert werden sollen. Es gibt inzwischen zwei Prozesse vor deutschen Gerichten - der eine ja bereits in der zweiten Instanz, in der Berufungsinstanz -, die das zum Gegenstand haben. Und es gibt amerikanische Zusicherungen dazu. Insofern: Nein, da ist meine - - geht meine Befassung weiter, jedenfalls in dieser Rolle, die ich jetzt habe, als Völkerrechtsberater seit dem Juli diesen Jahres, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Sie haben die Gerichtsverfahren angesprochen. Begleitet das Auswärtige Amt, vielleicht sogar Sie persönlich, diese Prozesse, also als Beobachter oder - -

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Die sind in der Federführung des BMVg; -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Michael Koch: - aber wir sind, weil es dabei ja vor allem auch um verfassungsrechtliche Fragen geht, verwaltungsprozessuale Fragen - - Aber das hat natürlich eine völkerrechtliche Komponente, und insofern werden wir da beteiligt, ja.

Christian Flisek (SPD): Und wie bewerten Sie das, was, ich sage mal, auf der Grundlage der US-Zusicherungen in Ramstein passiert? Sie haben gerade - - Also, ich höre da immer genau jetzt hin. Da hatten Sie gerade gesagt: Es wird ja in den Medien darüber berichtet, dass in Ramstein eventuell Drohneneinsätze gesteuert würden.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, es hat ja - - Ja, Verzeihung. Es hat ja über die Jahre diverse Berichte dazu gegeben. Wir haben, wie Sie ja sicher wissen, die amerikanische Seite damit befasst. Wir sind dazu mit den Amerikanern laufend im Gespräch. Die amerikanische Seite hat uns versichert, wiederholt, durch verschiedene Sprecher, dass Drohnenangriffe aus Washington befohlen werden, dass sie weder aus Ramstein gesteuert werden noch von dort geflogen werden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Über Ramstein!)

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wir haben keinen Anlass nach dem, was wir heute haben an Erkenntnissen, daran zu zweifeln.

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt gesagt: "was wir an Erkenntnissen haben, um eventuell Zweifel zu haben oder auch nicht". Welche Qualität haben Erkenntnisse sozusagen, die aus Ihrer Sicht diese Zusage der Amerikaner untermauern könnten? Also, welche Qualität haben die Erkenntnisse, die Sie sozusagen zur Stützung dieser Behauptung - -

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, ich habe gesagt: Wir haben keine Erkenntnisse, dass das nicht so sei, also umgekehrt, -

Christian Flisek (SPD): Okay, okay.

Zeuge Dr. Michael Koch: - und insofern gehen wir davon aus, dass diesen Zusagen so entsprochen wird, wie sie uns gemacht worden sind.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen bekannt, ob Ramstein in diesem Zusammenhang, ich sage mal, als eine Relaisstation funktioniert, wo entsprechende Signale, die für die Steuerung von Drohneneinsätzen notwendig sind, dann sozusagen ankommen und in die jeweilige Zielregion weitergeleitet werden?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, das ist ja etwas, was unter anderem in jedenfalls einem dieser Prozesse von der Seite des Klägers

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Welche Kläger?)

so behauptet worden ist. Es gibt auch dazu eine Reihe von Medienmeldungen. Ich kann zu der Frage Relaisstation nichts weiter beitragen. Ich glaube aber, wenn es eine solche Relaisstation gäbe und wenn sie diese Funktion so hätte, wäre das dennoch kompatibel, vereinbar mit diesen amerikanischen Zusagen, die wir ja von ihnen bekommen haben. Die Zusage ist: Es wird keine Drohne aus Ramstein gestartet, und es wird keine Drohne aus Ramstein gesteuert. - Und insoweit würde ich darin jetzt keinen Widerspruch sehen.

Im Übrigen: Ich kann ja über die Verfahren, diese beiden Verfahren schlecht sprechen, weil das sub judice ist. Aber was ich vielleicht sagen kann: Das eine Verfahren, das ältere Verfahren, hat ja in der ersten Instanz - - ist es ja abgeschossen worden. Inzwischen sind wir in der Berufung; ich sagte es. Da gibt es ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln. Jetzt sind wir in der Berufung beim Oberverwaltungsgericht Münster. Und da ist das Gericht dieser Auffassung gefolgt, hat dazu auch gar keinen Beweis erhoben, zu dieser Frage, weil es das nicht für notwendig hielt.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt haben Sie gesagt, die Zusicherung der Amerikaner bezieht sich darauf, dass keine Steuerung von Drohneneinsätzen unmittelbar in Ramstein stattfindet, dass auch da jetzt irgendwie keine sonstigen relevanten Maßnahmen erfolgen. Aber würden Sie sagen, die Zusicherung bezieht sich eben auch auf den Aspekt, den ich gerade angesprochen habe, nämlich dass Ramstein eventuell so eine Art - der Kollege Ströbele hat ja gerade das Wort "über" genannt - - also dass man über Ramstein quasi - - dass man Ramstein nutzt, um beispielsweise Signale weiterzuleiten? Verstehen Sie die Zusage der Amerikaner auch, dass dieser Fall ausgeschlossen ist?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, so verstehe ich sie nicht.

**Christian Flisek** (SPD): Also, das halten Sie für möglich, grundsätzlich?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich halte - - Wenn es so sein sollte - was ich nicht weiß -, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Michael Koch: - dann würde ich das nicht für unvereinbar halten mit der Zusage, die uns die Amerikaner gegeben haben.

Christian Flisek (SPD): Jetzt muss ich selber ein bisschen nachdenken, was das heißt.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, die Amerikaner haben uns - -

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Die haben sich dazu nicht geäußert.

Zeuge Dr. Michael Koch: Verzeihung?

Christian Flisek (SPD): Die Amerikaner haben sich dazu nicht geäußert, sagen Sie. Das heißt, das, was die Amerikaner Ihnen - -

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Die haben sich so missverständlich geäußert, dass das passen könnte! -Durch die geöffnete Tür ist Musik zu hören)

- Oh, ja, okay. Ich glaube, das ist Adventssingen. Ist kein schöner Klingelton, sondern das ist Adventssingen. - Also, die Amerikaner haben sich nicht in dieser Weise geäußert, dass man - Oder ich frage so: Die Amerikaner haben sich nicht in dieser Weise geäußert, dass man das ausschließen könnte?

Zeuge Dr. Michael Koch: Genau. Dass man diesen Punkt ausschließen könnte, ja korrekt.

Christian Flisek (SPD): Jetzt mal andersrum gefragt: Wenn eine Bundesregierung zum Beispiel Zweifel hätte, dass diese Zusage tatsächlich zutrifft, weil man beispielsweise Erkenntnisse erlangt, neue Anhaltspunkte bekommt, welche Möglichkeit hätte denn die Bundesregierung dann, ich sage mal, in diesem ganzen NATOrechtlichen und sonstigen truppenrechtlichen Statut, in dem Ramstein ja eingebunden ist, da in irgendeiner Weise tätig zu sein? Würde man vor dem Zaun stehen, wenn die Amerikaner sagen: "Ihr kommt hier nicht rein", und müsste zugucken und müsste das sozusagen auf die höfliche Art alles erledigen, oder hätte man da, vielleicht juristisch auch, andere Instrumente in der Hand, um, wenn man Anhaltspunkte hätte, dagegen was zu unternehmen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, ich würde diese Frage insgesamt weniger als eine rechtliche und mehr als eine politische verstehen. Das ist ja - -Es geht nicht um eine Verletzung des Truppenstationierungsvertrages, sondern es geht darum, dass wir auf dem Hintergrund unserer eigenen Haltung zu Drohnen - - Wir haben ja bisher selber auch keine bewaffneten Drohnen. Angesichts des Umstandes, dass dieser Waffentypus in großen Teilen der Bevölkerung dieses Landes hochumstritten ist, haben wir diese Fragen gestellt und haben dazu die Antworten gekommen, die ich Ihnen gegeben habe, die ja selber in dieser Form völkerrechtlich nicht verbindlich sind. Das sind Zusagen, politische Zusagen. Und insofern - - Das ist übrigens auch der Grund, warum im Einzelnen dieser Bereich zuständigkeitsmäßig nicht bei mir läuft, bei meiner Abteilung 5, sondern in der Politischen Abteilung, 2, weil es im Kern um eine politische Frage geht. Und insoweit, ohne dass ich jetzt darüber spekulieren kann oder will, welche Konsequenzen man da ziehen würde, wären es sicher Konsequenzen, die den politischen Bereich betreffen und nicht den rechtlichen.

Christian Flisek (SPD): Also, juristische Konsequenzen oder Möglichkeiten, da in irgendeiner Weise zu intervenieren, sehen Sie da eher nicht?

Zeuge Dr. Michael Koch: So ist es, ja. Also, ich meine, es sind natürlich - - Das ist sehr schwer - - Da gibt es natürlich viele Möglichkeiten, die man sich da vorstellen kann. Da bewegen wir uns im Bereich der hypothetischen Fragen. Das käme, wie meistens bei den Juristen, auf den Einzelfall drauf an; aber ja, in der Regel würde ich sagen, dass das, was Sie gerade gesagt haben, richtig ist. Im Wesentlichen ist man im Bereich von politischen Reaktionen und nicht juristischen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln -

Christian Flisek (SPD): Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Herr Koch, haben Sie eine Idee, warum Sie hier heute Zeuge geworden sind?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nein, nicht wirklich.

## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Also, ich nehme an, weil ich ja - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Also, mir geht das ganz ähnlich, und deswegen habe ich keine Fragen an Sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt muss ich mich zunächst sammeln. - Wir hatten ja gerade schon bzw. der Kollege Flisek hatte Sie ja schon zu Ramstein befragt. Sie hatten auch erläutert, welche Auskünfte Sie erhalten haben. Können Sie vielleicht noch mal schildern, wie Sie vorgegangen sind bei den Amerikanern, um Auskünfte zu erhalten? Welche Schritte haben Sie da unternommen, und ist dieser Fragenkatalog, den man ja mal übermittelt hatte an die US-Botschaft, ist der mittlerweile beantwortet? Beziehungsweise welche Erkenntnisse liegen da jetzt nun vor?

(Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich kurz nachfragen, welcher Fragenkatalog?)

- Der Fragenkatalog - - Also, es gibt eine Kleine Anfrage Ihrer Fraktion vom 8. Oktober 2014, und es gibt- -

> (Martina Renner (DIE LINKE): Das ist aber nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses und damit nicht untersuchungsgegenständlich!)

- Aber es betrifft ja Ramstein.

(Martina Renner (DIE LINKE): Es ist trotzdem außerhalb des Untersuchungsgegenstandes!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Sachverhalt betrifft aber den Untersuchungsgegenstand.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Frau Kollegin Warken fragt ja nicht nach der Frage, sondern -

Nina Warken (CDU/CSU): Nach dem Sachverhalt

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -** nach dem Sachverhalt.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Also, meine Frage ist, Herr Zeuge, ob dieser Fragenkatalog, den man an die Botschaft, an die US-Botschaft, übermittelt hat - - inwiefern der neue Erkenntnisse gebracht hat, ob die Fragen beantwortet sind, welche Antworten man da bekommen hat zu der Rolle Ramsteins.

Zeuge Dr. Michael Koch: Frau Abgeordnete, dazu kann ich aus eigenem Erleben nichts beitragen. Ich sagte es ja schon: Dieser Themenbereich läuft bei der Abteilung 2. Ich weiß, dass es einen solchen Fragenkatalog gegeben hat, und ich meine, zu wissen, dass dieser Fragenkatalog jedenfalls in seinen wesentlichen Teilen von amerikanischer Seite mündlich beantwortet worden ist. Aber ich kann Ihnen zu den Antworten nichts weiter sagen, außer dass nach meiner Erinnerung dabei insbesondere bestätigt wurde, was wir eben besprochen haben, mit den Aussagen zu Ramstein.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte trotzdem noch mal darauf hinweisen, dass meiner Meinung nach dieser ganze Vorgang außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt. Herr Regierungssprecher Seibert hat im April 2014 auf diesen Fragenkatalog hingewiesen, der an die US-Regierung übersandt wurde.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wir können uns gern darauf einigen, dass wir zu Ramstein jetzt gar nichts mehr besprechen.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber wir haben an anderen Stellen hier - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Zu Ramstein kannst du ganz viel fragen!)

- - hat der Vorsitzende immer interveniert, wenn es zu Fragen ging, die außerhalb des Untersuchungszeitraumes lagen. Und ich finde, da muss einfach gleiches Recht für alle Zeugen gelten und für alle Fraktionen hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So ist es ja auch. Deswegen fragt die Kollegin Warken ja auch weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber dieser Fragenkatalog ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber der Sachverhalt. Sorry, ich muss mal an einer anderen Stelle einhaken; aber es geht ja um Ramstein.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Die Frage ist ja jetzt auch beantwortet. Von daher - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, der Kollege von Notz hat auch noch ein Problem mit der Fragestellung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Herr Vorsitzender, es wird Bezug genommen auf diesen Fragenkatalog und eine eventuelle Beteiligung des Zeugen an der Beantwortung dieses Fragenkatalogs -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Er kann den doch nicht beantworten; der ging doch an die US-Botschaft.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - oder Erkenntnisse im Hinblick auf - - Du nimmst ja auf diesen Fragenkatalog Bezug, und der liegt außerhalb unseres Untersuchungszeitraums. Jetzt ist das natürlich insgesamt Irrsinn, weil der Zeuge ja erst an der Stelle seit dem Jahr 2015 sitzt, an der er sitzt. Deswegen fragt man sich, was das hier alles soll. Aber das könnt ihr nicht machen, ihr könnt jetzt nicht sozusagen Bezug nehmen auf Sachen, die außerhalb des Untersuchungszeitraums liegen, es sei denn, wir erweitern einfach den Untersuchungszeitraum. Das können wir gerne machen, aber dann bitte für alle Dinge und nicht nur für die, die das Auswärtige Amt irgendwie in einem milden Licht erscheinen lassen, damit Herr Steinmeier hier in ein paar Wochen schön performen kann. So haben wir nicht gewettet.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Gut. Dann können wir das aber für die Zukunft dann auch bei anderen Fragen, die von euch kommen - -

> (Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Macht ihr ja die ganze Zeit!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt meldet sich erst mal das Auswärtige Amt.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe jetzt die Anfrage nicht vorliegen, aber ich meine, sie sei aus dem Januar 2014, wenn ich das richtig im Kopf habe

> (Martina Renner (DIE LINKE): Nein, die Antwort ist vom 8. Oktober 2014! Die braucht nicht zehn Monate hier im Haus für eine Antwort!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist ja auch einerlei. Einer muss es ja entscheiden. Und ich sage mal, wenn der Sachverhalt betroffen ist und untersuchungsgegenständlich ist, dann geht es ja um den Sachverhalt. Es ging doch jetzt hier nicht, wann die Anfrage ist und ob die Anfrage korrekt ist, sondern um den zugrundeliegenden Sachverhalt - oder nicht? Oder geht es um die konkrete Anfrage?

**Nina Warken** (CDU/CSU): Der Zeuge hat die Frage ja jetzt auch schon beantwortet. Also, von daher - -

# Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann fragen wir doch einfach jetzt weiter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Patrick, das will ich nur klarstellen, damit das dann klar ist: Es gibt massenhaft Kleine Anfragen, -

Nina Warken (CDU/CSU): Es ging um den Sachverhalt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): - die sich auf diese Dinge beziehen, sozusagen die vor dem Einsetzungsdatum stehen, aktuellen Datums. Wenn die jetzt alle untersuchungsgegenständlich werden, dann wird Herr Wolff diverse neue Akten liefern müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Anfragen sind natürlich nicht untersuchungsgegenständlich, aber der zugrundeliegende Sachverhalt. Es ging doch -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ia. aber es wird --

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -** der Frau Kollegin Warken nicht um die Anfrage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, offensichtlich doch. Deswegen nimmt sie ja ständig Bezug. Wenn sie direkt zu Ramstein 2013 fragen würde, hätte ich überhaupt kein Thema. Aber das tut sie ja nicht. Sie nimmt Bezug auf diese Anfrage. Da interessiert tatsächlich: Wer hat das beantwortet? Vor welchem Hintergrund? Was war der Kenntnisstand im Oktober 2014? Würde mich alles brennend interessieren, haben wir keine Akten zu. Die hätte ich gerne. Wenn wir jetzt sagen: "Das ist ein guter Bezugspunkt", dann bitte ich um Erweiterung des Untersuchungszeitraumes in das Jahr 2014 hinein; dann können wir diese Dinge verhandeln. Aber sonst ist das eine Scheppe - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ich komme jetzt auch zu einem ganz anderen Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir gerne mal in einer Beratungssitzung klären. Ich weiß ja, wo euer Wunsch hingeht, jetzt hier zu zeigen, dass man hier nicht untersuchungsgegenständlich ist. Das passt aber hier nun mal dummerweise nicht; müsst ihr euch einen anderen Ankerpunkt aussuchen. Also von daher kann die Kollegin Warken jetzt weiterfragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Ich komme jetzt auch zu was Grundlegendem. Vielleicht könnten Sie uns die Verpflichtungen, denen die USA bei der Nutzung der Airbase Ramstein nach dem NATO-Truppenstatut bzw. dem Stationierungsabkommen unterliegen, aus Ihrer Sicht noch mal darstellen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Vor allem haben die Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 2 des NATO-Truppenstatuts alles deutsches Recht zu beachten. Das ist ja der entscheidende und der springende Punkt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und welche Einwirkungsmöglichkeiten oder Überprüfungspflichten haben dann deutsche Behörden oder die deutsche Justiz, ob die Dinge auch eingehalten werden?

Zeuge Dr. Michael Koch: Die gleichen Möglichkeiten - - Oder wollen Sie wissen, welche sozusagen strafprozessualen Möglichkeiten eine Polizei hat, um jetzt zwangsweise Ramstein zu besuchen und da irgendwelche - - Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht aus der - -

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, aber wie kann eine deutsche Behörde sicherstellen, dass die Vorgaben, denen die Amerikaner unterliegen, ja auch tatsächlich eingehalten werden, und bestehen da Überprüfungspflichten?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, das Verhalten der amerikanischen Soldaten wird nicht anders überprüft wie das von deutschen auch. Man stellt fest, wenn es zu Straftaten käme, wer dafür verantwortlich ist, und könnte dann, wenn der Täter ein amerikanischer Soldat ist, nach bestimmten Regeln auch gegen ihn vorgehen. Aber es gibt kein gesondertes Verfahren, mit dem jetzt amerikanische Kasernen oder andere andere Kasernen

# Nur zur dienstlichen Verwendung

von NATO-Verbündeten überwacht werden oder kontrolliert werden.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aber wie wäre Ihnen denn praktisch so eine Kontrolle möglich? Wie könnten Sie überhaupt rausfinden, was dort passiert? Gibt es da Zutrittsrechte?

Zeuge Dr. Michael Koch: Das kann ich Ihnen nicht im Einzelnen sagen, wie das geregelt ist. Da müsste ich gucken vor allem in das Zusatzabkommen von 1959, das ja nur - - Das NATO-Statut ist ja für alle, überall in der NATO. Dann gibt es die Zusatzvereinbarung von 59. Das habe ich jetzt nicht hier und kann ich nicht im Einzelnen sagen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Haben Sie mal Ramstein besucht bzw. Mitarbeiter aus Ihrer Abteilung, um sich da mal vor Ort kundig zu machen?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, ich habe Ramstein nicht besucht.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Haben Sie sich das mal angeschaut?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ich habe Ramstein nicht besucht, und ich glaube auch nicht, dass Mitarbeiter meiner Abteilung Ramstein - -

Nina Warken (CDU/CSU): Oder des Hauses?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ja, ja, klar. Herr Schulz, den Sie ja letzte Woche auch gehört haben, war da zusammen mit Kollegen, und zwar jetzt im Herbst - nicht?

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und liegen Ihnen Erkenntnisse vor aus diesen Besuchen?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Das wäre mir nicht bekannt. Nein.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Gut. - Hast du noch Fragen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann bin ich im Moment durch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wäre die Union mit Fragen durch. - Dann kommen wir in die nächste Fragerunde. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Bericht von Amnesty International aus 2013, mit dem 45 Fälle von tödlichen Drohneneinsätzen in Pakistan aufgearbeitet wurden?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich glaube, den Bericht kenne ich, ja, in Tat. Und zwar im Kontext unseres Artikels haben wir natürlich ganz viel Literatur ausgewertet, auch einen Bericht von Amnesty. Ob es nun dieser ist - - Aber ja, mag sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage Sie jetzt nicht nach wissenschaftlicher Tätigkeit, sondern zu Ihrem Verantwortungsbereich.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Wie meinen Sie das?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, Sie sind hier als Zeuge in Ihrer Funktion als Behördenmitarbeiter - nicht?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kann man auch nebenbei Artikel schreiben.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Da kann man auch nebenbei Artikel schreiben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das machen Abgeordnete auch manchmal. - Wie bewerten Sie den Bericht von Amnesty International?

Zeuge Dr. Michael Koch: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen, wie ich den im Einzelnen bewerte. Da müsste ich ihn mir noch mal anschauen. Aber das kann ich nicht mehr im Einzelnen nachvollziehen. Ich habe ganz viel gelesen. Das weiß ich nicht mehr.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU in der zweiten Fragerunde.

Nina Warken (CDU/CSU): Keine Fragen im Moment.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Dann habe ich ja doch richtig eingeschaltet. Wahrscheinlich haben alle keine Fragen mehr, weil sie schnell zur Weihnachtsfeier vom Untersuchungsausschuss kommen wollen.

> (Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich kann ja anfangen, meinen Weihnachtsmann zu verzehren!)

Herr Dr. Koch, ich habe schon noch ein paar Fragen, und zwar den Fall der Tötung des deutschen Staatsbürgers Bünyamin E. Der ist Ihnen ja bekannt; den kennen Sie.

(Der Zeuge nickt)

Können Sie uns erzählen, wie damals, als es hierzu Berichte gab - es war ja ein Drohnenangriff im nordpakistanischen Mir Ali, Oktober 2010 - -Können Sie uns berichten, wie da die Beratungen verliefen innerhalb des von Ihnen überblickten Bereichs der Bundesregierung?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, damals war ich ja als Botschafter in Islamabad und insoweit befasst und kann also auch nur für meine Botschaft,

meine damalige Botschaft sprechen. Ich habe ja gesagt, wir haben uns, wie das in solchen Fällen ja die Pflicht der deutschen Vertretung ist, versucht darum zu kümmern, diese Meldungen zu bestätigen, und sind dabei nach meiner Erinnerung auf die üblichen Probleme gestoßen. Darüber hinaus, wie dieser Fall dann weiter in der Bundesregierung beraten wurde, das kann ich Ihnen, das kann ich nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Die Frage der Datenübermittlung an andere, befreundete Partnerdienste oder an andere Militäreinrichtungen, militärische Einrichtungen beispielsweise, ist die in diesem Kontext irgendwie erörtert worden?

Zeuge Dr. Michael Koch: Nicht nach meiner Erinnerung. Aber - - Erinnere ich nicht mehr. Ich würde mich wundern, wenn es so gewesen wäre, aber das<sup>5</sup> kann ich natürlich auch nicht ausschließen.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen bekannt, ob man bei der Datenübermittlung sozusagen einen Disclaimer verwendet? Kennen Sie das, oder ist Ihnen das schon mal untergenommen?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Bei der Datenweitergabe -

**Christian Flisek** (SPD): An andere Dienste oder auch an andere Militärs.

Zeuge Dr. Michael Koch: - an andere Dienste. Ja. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht im Einzelnen sagen, wie der Disclaimer ausschaut, ja. Aber ich weiß, dass es einen - -

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn die rechtliche Verbindlichkeit eines solches Disclaimers? - Also, ich sage jetzt mal flapsig: Wenn da drinsteht: "Wir übermitteln diese Daten hier nach bestem Wissen und Gewissen, aber hoffen doch, dass es nicht für tödliche Drohneneinsätze verwendet wird" - -

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, fällt mir schwer, darauf jetzt aus der Lamäng etwas zu sagen. Das

<sup>5)</sup> Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.

# Nur zur dienstlichen Verwendung

müsste ich mir dann im Einzelnen anschauen, auch an Hand des konkreten Textes, der nicht aus dem Auswärtigen Amt kommt, sondern vom Bundesnachrichtendienst.

Christian Flisek (SPD): Ich kann Ihnen den mal vorlesen. Das würde ich schon mal ganz gerne jetzt machen, wenn Sie erlauben. Und zwar lautet der Text, zumindest wie wir ihn in einer Akte gefunden haben - das ist MAT A BK-1/7b\_5, Blatt 18 ff.; ich zitiere -:

"Die übermittelten Daten dürfen nicht als Grundlage oder Begründung für unangemessene Maßnahmen (Folter i. S. d. Art 1 der UN-Antifolterkonvention ... vom ... 1984), im Rahmen der Strafverfolgung und nicht als Grundlage oder Begründung für eine Verurteilung zum Tode verwendet werden. Eine Verwendung zum Zwecke des Einsatzes körperlicher Gewalt ist nur dann zulässig, solange und soweit ein gegenwärtiger Angriff vorliegt oder unmittelbar ..."

bevorsteht. - Also so eine Art Zweckbindung ist das ja.

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, das ist der Versuch, das einzuhegen. Aber, Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nicht sagen, welche rechtliche Qualität das jetzt hat, weil ich den Rahmen nicht kenne. Ich weiß zum Beispiel nicht, ob das Ausfluss einer Vereinbarung ist, die zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem empfangenden Nachrichtendienst besteht oder - - Ich kann das so - - In dieser Form kann ich das nicht bewerten, einmal abgesehen davon, dass ich dafür, glaube ich, auch nicht zuständig bin.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, ja, gut. - Aber Sie würden jetzt auch nicht sagen: "So was hat von Haus aus die Wirkung, dass es ein rechtliches Nullum ist", also mehr als - -

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, nein, das würde ich - - Also, Sie meinen sozusagen, -

Christian Flisek (SPD): Ja, eine fromme Bitte halt.

Zeuge Dr. Michael Koch: - dass das ein rechtliches Nullum wäre, weil von vornherein offensichtlich - - Nein, das ist ja ein ernsthafter Versuch, auch in relativ präziser Sprache etwas vorzusehen - ja? Also insofern, nein, glaube ich schon, dann müsste man hergehen - das müssen Ihnen die Juristen vom BND sagen - und fragen, ob das irgendwie eingebettet ist in irgendwas anderes und - - weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Noch mal zurück zu dem Fall Bünyamin E. Da haben Sie gesagt, da waren Sie in der Zeit deutscher Botschafter in Islamabad.

Zeuge Dr. Michael Koch: Botschafter, jawohl.

**Christian Flisek** (SPD): Und, wie gesagt, der Angriff fand ja in Nordpakistan statt.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, Nordwaziristan - nicht? Das ist im Westen, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, genau. Aber es ist pakistanisches Staatsgebiet.

Zeuge Dr. Michael Koch: Korrekt.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und wie ist denn dieser Einsatz damals - vielleicht auch heute in der Rückschau - völkerrechtlich zu beurteilen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Ja, also, Herr Abgeordneter, diese Frage zu stellen, ist ja völlig legitim. Da haben Sie meine uneingeschränkte Sympathie. Ich kann sie Ihnen aber nicht beantworten, weil ich die einzelnen Umstände nur begrenzt kenne. Sie wissen oder ich weiß jedenfalls, dass es dazu einen Vorgang gegeben hat beim Generalbundesanwalt, der mit Verfügung geschlossen wurde, mit einer ausführlichen Begründung, die ich im Zuge der Vorbereitung auf diesen Termin auch gelesen habe, die ich gut nachvollziehen kann. Aber das ist zunächst einmal die Einschätzung des Generalbundesanwaltes und nicht meine - ja? Der Generalbundesanwalt stellt fest nach seinen Erkenntnissen, dass hier ein bewaffneter Konflikt vorliegt, dass die USA das Recht haben, in diesem bewaffneten Konflikt als Partei aufzutreten. Und der Generalbundesanwalt stellt

## Nur zur dienstlichen Verwendung

fest, dass der Getötete oder die beiden Getöteten, waren es ja, glaube ich,

> (Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Einer!)

beide zur Insurgenz gehörten, also legitime Ziele darstellten. Anderes kann ich dazu nicht beitragen, weil ich kein anderes Wissen habe. Insofern kann ich nur dieses Dokument zitieren, das allerdings - ich sage es noch mal - überaus gründlich ist, sehr sorgfältig abgefasst und, finde ich, gut nachzuvollziehen ist.

Christian Flisek (SPD): Na ja, das ist ja schon mal was. Also, insofern - - Sie haben gesagt, das ist also nach Einschätzung so oder nach den Feststellungen des Generalbundesanwaltes ein international bewaffneter Konflikt - ja? Ich bin jetzt auch kein Völkerrechtler. Aber das ist sozusagen der Terminus, der dann für die weitere Beurteilung, so wie Sie es jetzt gerade skizziert haben, entscheidend ist.

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, bewaffneter Konflikt. Ein bewaffneter Konflikt, das ist ja sozusagen der Terminus technicus für das Wort "Krieg". Der ist viel weiter als das Wort "Krieg", weil Krieg, so wie es früher verstanden wurde, setzte ja eine Kriegserklärung voraus. Die haben wir kaum noch. Und außerdem ist Krieg ja eigentlich immer nur zwischen Staaten möglich. Und wenn Sie einen bewaffneten Konflikt feststellen können, dann hat das zur Folge, dass Sie humanitäres Völkerrecht anwenden können, das ja unter bestimmten Voraussetzungen auch den Einsatz tödlich wirkender militärischer Gewalt rechtfertigt - in der Tat. Insofern ist das entscheidend, ja.

Christian Flisek (SPD): Und was gibt es sozusagen da, wenn Sie sagen, das ist jetzt in der Typologie ein Terminus technicus - - Was gibt es dann sonst noch an Termini, die dann eventuell zu anderen Konstellationen führen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Wenn es kein bewaffneter Konflikt wäre, dann würde kein humanitäres Völkerrecht gelten, sondern die allgemeinen Regeln zum Menschenrechtsschutz etwa, zum Schutz des Lebens, wie ich das in meiner Einleitung versucht habe ausführen. Dann könnte man auch zu anderen Beurteilungen kommen, weil dieses Recht von seinen Ansprüchen her strenger ist als das humanitäre Völkerrecht.

Christian Flisek (SPD): Und sind Ihnen Drohneneinsätze, tödliche Drohneneinsätze außerhalb eines solchen bewaffneten Konfliktes bekannt?

Zeuge Dr. Michael Koch: Das hängt ja davon ab, dass Sie eben feststellen, ob es ein bewaffneter Konflikt ist oder nicht. Das ist ia nicht immer unstreitig. Also, etwa zu Pakistan gibt es ja das Problem, dass die pakistanische Seite nicht durchgängig, aber immer wieder gegen amerikanische Drohneneinsätze auf ihrem Territorium protestiert, und auf der anderen Seite gibt es Hinweise darauf, dass heimlich die pakistanische Führung solche Angriffe gutheißt. Das ist ja etwas, was zum Beispiel einen wesentlichen Unterschied machen kann. Aber abhängig davon - -Wenn Sie zurückgehen: Der erste Drohnenangriff war 2002, der erste, der bekannt geworden ist. Da ist es schon denkbar, dass Sie Konstellationen antreffen, wo die Feststellung eines bewaffneten Konfliktes, sagen wir mal, schwierig ist, ja.

Christian Flisek (SPD): Mal jetzt wirklich ganz einfach gefragt: Wer hat denn die Autorität, festzustellen, ob das ein solcher bewaffneter Konflikt ist oder nicht?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Jeder Rechtsanwender stellt das -

Christian Flisek (SPD): Für sich fest.

Zeuge Dr. Michael Koch: - selber für sich fest. Das ist ja, wenn man so will, die Schwäche des Völkerrechtes, dass es eben nicht durchgängig ein Justizwesen anbieten kann, das dann am Ende zentral und unabhängig eine solche Feststellung überprüft, sondern eben auch nur von Fall zu Fall.

**Christian Flisek** (SPD): Da kann es dann auch zu ganz, höchst unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Das ist leider richtig, Herr Abgeordneter.

**Christian Flisek** (SPD): Gut. - Wir haben dann auch keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele hat noch eine Wortmeldung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Jetzt doch ein paar Fragen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nach dem, was Sie gefragt haben. - Sie waren Botschafter. War in der Zeit, als Sie Botschafter in Pakistan gewesen sind, deutscher Botschafter in Pakistan gewesen sind - - Sind von der Botschaft aus oder von Ihnen persönlich mal Kontakte aufgenommen worden zu US-Stellen, sei es in Pakistan, zum Beispiel die dortige Botschaft, sei es Militär, sei es Geheimdiensten, sei es FBI, im Zusammenhang mit gesuchten, wegen Terrorismus gesuchten Personen?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, ich hatte einen ausgesprochen intensiven Kontakt mit dem jeweiligen amerikanischen Botschafter. Zunächst war es eine amerikanische Botschafterin. Zu diesen Themen sind die Nachfragen aber alle über Washington gelaufen, nicht über die amerikanische Vertretung in Islamabad.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, insbesondere hier in dem Fall Bünyamin Erdogan haben Sie nicht für nötig gehalten - - Die USA wurden ja beschuldigt, dass sie eine Drohne - andere fliegen da keine Drohnenangriffe; die Pakistani haben ja keine, jedenfalls keine bewaffneten; das sollen ja die Täter sein - - Haben Sie bei denen nicht mal nachgefragt: "Stimmt das? Habt ihr da was mit zu tun? Was war der Grund?"?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Also, jetzt sind wir wieder bei dem Bereich dessen, was wir ja vorhin, glaube ich, schon mal erörtert haben. Ich erinnere

mich nicht mehr, mit wem ich im Einzelnen darüber gesprochen habe. Es ist gut möglich, dass ich mit dem amerikanischen Kollegen auch darüber gesprochen habe. Aber eine förmliche Anfrage haben wir - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die interessiert mich jetzt nicht, förmlich Anfrage, sondern Sie sind Zeuge - im Gegensatz zu dem, was Sie am Anfang erzählt haben; das waren ja mehr Ausführungen eines Sachverständigen oder überhaupt nur Ausführungen eines Sachverständigen. Ich will von Ihnen wissen: Haben Sie mit US-Stellen - Botschafter, Botschaft, Generalen oder anderen - über solche, also nicht nur über Drohnen, sondern überhaupt Terrorismusverdächtige gesprochen, über einzelne Fälle? Also, der Fall Bünyamin ist ja nur einer von vielen.

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, das haben wir vorhin ja auch schon mal besprochen. Es gibt in der Tat und gab in meiner Zeit mehrfach Medienberichte über deutsche Opfer. Aber das ist der einzige Fall, an den ich mich erinnere, wo wir ein deutsches Opfer haben feststellen können am Ende, ein Fall, nicht viele. Ich sage ja, ich erinnere mich nicht, mit wem ich konkret über den Fall damals gesprochen habe. Ich halte es aber für ausgesprochen gut möglich, dass ich mit dem amerikanischen Botschafter darüber geredet habe. Mit anderen habe ich sicher nicht gesprochen, also den anderen von Ihnen Genannten. Da hatte ich auch keine Kontakte und, glaube ich, auch keinen Anlass dazu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn - - Also, Sie sagen jetzt immer, mit wem, haben Sie keine Erinnerung; aber dass mit irgendjemand, das könnte möglich sein. Mich interessiert ja noch mehr als mit wem - die können wir wahrscheinlich sowieso schwer als Zeugen laden - - sondern was wurde denn inhaltlich gesagt, wenn ein solches Gespräch stattgefunden hat oder ein solcher Kontakt stattgefunden hat und wenn man jetzt mal nicht nur Sie als Botschafter nimmt, sondern die Botschaft. Es kann ja auch sein, dass irgendein Mitarbeiter oder ein Vertreter des BKA, der bei Ihnen war, mit denen gesprochen hat, mit solchen Stellen.

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Ja, das kann sein. Das ist völlig richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie? Haben Sie eigenes - -

Zeuge Dr. Michael Koch: Herr Abgeordneter, mehr ich dazu nicht sagen. Ich kann da nur immer wiederholen: Ich erinnere mich nicht. Ich weiß, wir haben damals diesen Fall bewegt; wir haben uns mit diesem Fall beschäftigt; wir haben uns gekümmert. Aber ich kann Ihnen einfach - - Es tut mir leid. Ich kann Ihnen nicht sagen, mit wem innerhalb der Botschaft oder auch mit anderen ich den Fall aufgegriffen habe. Wenn ich ihn aufgegriffen habe - was gut möglich ist -, dann natürlich in dem Bemühen, das zu klären, also mit der Bitte, ob der Betreffende in irgendeiner Form helfen kann, festzustellen, inwieweit die entsprechende Todesmeldung zutrifft oder nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist in Ihrer Zeit, als Sie in Pakistan Dienst gemacht haben, mal vorgekommen, dass ein deutscher Staatsangehöriger sich bei der Botschaft gemeldet und gesagt hat: "Ich werde gesucht. Können Sie mir helfen?"?

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Wie meinen Sie "Ich werde gesucht"?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja, es soll vorkommen; wegen Straftaten, wegen terroristischer Verwicklungen.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Nein, also, habe ich keine Erinnerungen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob ich die Frage wirklich verstehe. Sie meinen, jemand, der von uns gesucht wird?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ja, von vielen, also unter anderem auch in Deutschland. Aber der zur Botschaft kommt und sagt, deutscher Staatsangehöriger - nicht kommt, sondern kommen will -, und sagt: "Können Sie mir helfen?", also zu Ihnen Kontakt, zu der Botschaft Kontakt aufnimmt und gefragt hat. Kennen Sie einen solchen Fall?

Zeuge Dr. Michael Koch: Also, ich bin mir immer noch nicht sicher, ob ich den Fall verstehe. Wenn jemand zur Botschaft kommt und um Hilfe bittet, dann - das wissen Sie ja - ist das Konsulargesetz einschlägig, und dann hat die Botschaft zu helfen. Und solche Fälle gibt es natürlich ständig, und die hatten wir auch in Pakistan. Die Leute kommen ja nicht zu uns und sagen: "Ich brauche Hilfe. Und übrigens werde ich in Deutschland von der Staatsanwaltschaft gesucht", so was -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Doch, ich meine einen solchen Fall. Jemand sagt: Ich brauche Hilfe, ich werde gesucht wegen schwerer Vorwürfe.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Gut. Also, es gibt nichts, was es nicht gibt. Also, ich kann mich an solch einen Fall jetzt im Moment nicht - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ich will ja nur wissen, ob Sie davon Kenntnis haben, ob das in Ihrer Zeit gewesen ist.

**Zeuge Dr. Michael Koch:** Kann ich nichts weiter zu beitragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie sagen: "Ja", "Nein" oder "Ich weiß es nicht."

Zeuge Dr. Michael Koch: Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Gibt es weitere Fragen einer Fraktion an den Zeugen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wenn es keine Fragen mehr an den Zeugen in öffentlicher Sitzung gibt, stelle ich trotzdem noch mal die Frage: Gibt es die Notwendigkeit einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Damit sind wir am Ende der heutigen Vernehmung. Ich darf mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken, dass Sie uns zu den dann doch gestellten Fragen Rede und Antwort gestanden

## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, dass Sie uns umfangreich bei unserem Untersuchungsziel geholfen haben.

Nach Fertigstellung des Protokolls wird Ihnen das Stenografische Protokoll zugesandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Überarbeitung vorzunehmen, Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage, falls das notwendig ist. Und uns dann das Protokoll bitte zurückschicken!

Zum Schluss, wie gesagt, herzlichen Dank noch mal an Sie, dass Sie als Zeuge heute hier waren. Die Zeugenvernehmung ist damit beendet. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg, ein schönes Weihnachtsfest und frohe Feiertage.

Ihnen, meine Damen und Herren auf der Tribüne, auch genauso ein frohes Fest, guten Rutsch ins neue Jahr! Im neuen Jahr sehen wir uns dann im Zweifel wieder.

Die Ausschussmitglieder, die Bundesregierung und alle Mitarbeiter, wir treffen uns jetzt noch mal zur Nachbesprechung im bekannten Raum, und das machen wir ohne Twitter. Allen einen schönen Abend noch! Tschüss!

Zeuge Dr. Michael Koch: Herzlichen Dank, und Ihnen allen auch ein frohes Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Wenn Sie nicht direkt weg sind, habe ich noch eine völkerrechtliche Frage an Sie, aber als Sachverständiger außerhalb des Ausschusses. Danke.

(Schluss: 17.12 Uhr)

# ANLAGE 1

### Sehr geehrt

auf diesem Wege teile ich Ihnen mit, dass der Zeuge H.K. gemäß Bezug um folgende Korrekturen des stenografischen Protokolls aus öffentlicher Sitzung gebeten hat.

Seite 7, rechte Spalte, 8. Absatz, 1. Zeile: Statt "... - B.K. -, und für...", muss es heißen "...- W.K. -, und für ...".

Seite 8, linke Spalte, 17. Absatz, 1. Zeile: Statt "... und B.K. ...", muss es heißen "... und W.K. ...".

Seite 10, rechte Spalte, 10. Absatz, 2. Zeile: Statt "... D.B. und B.K....", muss es heißen "... D.B. und W.K. ...".

Darüber hinaus besteht kein weiterer Änderungsbedarf.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Bundesnachrichtendienst Leitungsstab/PLSU

Tel.: 030/54717

E-Mail: @bnd.bund.de

# **ANLAGE 2**

Destacher Bundesteg

1. Untersuchungsausschur

0 G. Jan. 2016

5503 mb4

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin
IM AUSTAUSCH
Herrn
Ministerialrat Harald Georgii
Leiter Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss 18. WP
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Michael Koch Völkerrechtsberater

Leiter der Rechtsabteilung

HAUSANSCHRIFT Werderscher Markt 1 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11013 Berlin

TEL + 49 (0)3018-17-FAX + 49 (0)3018-17-

@diplo.de

Berlin, 04. Januar 2016

www.auswaertiges-amt.de

Stenografisches Protokoli der 80. Sitzung des
1. Untersuchungsausschusses am 17. Dezember 2015
HER Meine Vernehmung am 17. Dezember 2015 - Korrekturen

BEZUG Ihr Schreiben vom 22. Dezember 2015

ANLAGE -

GZ PA 25 - 5503

Sehr geehrter Herr Georgii,

ich danke Ihnen herzlich für die Übermittlung des Entwurfs des Protokolls meines Auftritts vor dem 1. Untersuchungsausschuss am 17. Dezember 2015. Ich habe folgende Anpassungswünsche:

- Seite 30, rechte Spalte, vorletzter Absatz, letzter Satz: statt "möchte" muss es "möchten" (Plural) heißen;
- Seite 31, rechte Spalte, zweiter Absatz, drittletzte Zeile:
   es muss heißen "übrigens nicht anders als...." statt "übrigens nichts anders wie....";
- Seite 36, rechte Spalte, 4. Zeile: Statt "Platz" muss es hier "Fall" heißen:
- Seite 48, linke Spalte, dritter Absatz, letzte Zeile:
   Statt "...aber kann ich natürlich auch nicht ausschließen" muss es heißen "...aber das kann ich natürlich auch nicht ausschließen";
- Seite 51, rechte Spalte, dritter Absatz: in der 2. Zeile fehlt das Wort "kann".

Für eine Übermittlung des fertigen Protokolls der Sitzung wäre ich Ihnen sehr dankbar. Mit besten Wünschen zum Jahreswechsel und freundlichen Grüßen

Michael Los